



Parlamentssitzung vom 09. Dezember 2019

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstal
19:00 – 21:30 Uhr

Vorsitz

Mathias Rickli (Grüne), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Cathrine Liechti (SP), 1. Vizepräsidentin
Katja Niederhauser-Streiff (EVP), 2. Vizepräsidentin
Katharina Gilgen-Studer (SVP), Stimmzählerin
Lucas Brönnimann (GLP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Tanja Bauer (SP)
Beat Biedermann (BDP)
Dominique Bühler (Grüne)
Adrian Burkhalter (SVP)
Adrian Burren (SVP)
David Burren (SVP)
Claudia Cepeda Fria (SP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (CVP)
Lydia Feller (SP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)

Andreas Lanz (BDP)
Michael Lauper (SVP)
Ruedi Lüthi (SP)
David Müller (Junge Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Arlette Mürger-Stauffler (SP)
Heinz Nacht (SVP)
Christian Roth (SP)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Casimir von Arx (GLP)
Käthi von Wartburg (SP)
Iris Widmer (Grüne)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Gemeinderat

Annemarie Berlinger-Staub (SP), Gemeindepräsidentin
Thomas Brönnimann (GLP), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Verena Remund-von Känel

Protokoll

Ursula Wüst

Gemeindeschreiber

Pascal Arnold

Entschuldigt

--

PAR 2019/121

Traktandenliste und Mitteilungen

1. Traktandenliste und Mitteilungen
Beschluss
2. Budget 2020 nach Volksentscheid, Genehmigung
Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
3. Verschiedenes

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Im Zuge der grossen Medienpräsenz, welche wir im Rahmen der Brexit-Verhandlungen im vergangenen Herbst mitbekommen haben, ist euch sicherlich auch zu Ohren gekommen, dass Herr Bercow, bekannter als Mister Speaker, sein Amt als Präsident des britischen Unterhauses Ende Oktober nach 10jähriger Amtszeit niedergelegt hat. Nun stellt euch vor, der Parlamentspräsident der Gemeinde Köniz würde auch 10 Jahre im Amt sein. Was wäre hier wohl für einen Betrieb in diesem Parlament?

In den vergangenen Monaten habe ich so immer an eure Vorstellungskraft appelliert und ich habe eine Frage in den Raum gestellt, welche Köniz betraf und ich hoffe, ihr konntet euch hierzu schöne Gedanken machen. Ich habe sie nie beantwortet, heute aber beantworte ich die gestellte Frage: Ich finde es gut, dass der Parlamentspräsident oder die Parlamentspräsidentin für nur ein Jahr gewählt ist. Es ist schön und ehrenvoll, hier oben zu sitzen, vor allem wenn man Parlamentsmitglieder vor sich hat, welche sich sehr gesittet verhalten, wie wir dies aus dem Könizer Parlament kennen. Herzlichen Dank an dieser Stelle an euch Parlamentarierinnen und Parlamentarier, für den Ratsbetrieb im vergangenen Jahr, welchen ich hier leiten durfte. Es ist auch schön, nach diesem Jahr wieder runter zu gehen und sich wieder dem politischen Betrieb widmen zu können.

Jetzt ist es so, wenn der Präsident nur ein Jahr gewählt ist, dann fehlt es vielleicht zumindest zu Beginn etwas an Sicherheit und Routine. Und dann ist es wichtig, dass man weiss, dass man ein gutes Backoffice im Rücken hat. Ein Backoffice, welches die Sicherheit gibt, dass man eine geordnete Sitzung ablaufen lassen kann und damit man während der Vorbereitung der Sitzung unterstützt und beraten wird. Wir sind ja auch ein Milizparlament. Und zuletzt auch, damit man das ehrenvolle Amt hier oben etwas geniessen kann und nicht zu stark gestresst ist. Denn man weiss, es ist alles gut vorbereitet. Liebe Verena Remund, du hast mir dieses Jahr hindurch diese Unterstützung gegeben. Ich habe jederzeit gewusst, dass ich mich auf dich verlassen kann und dass alles hier oben immer gut vorbereitet ist. Und dafür danke ich dir ganz herzlich, auch im Namen des Büros, im Namen der Finanzkommission, im Namen der GPK und im Namen des ganzen Parlaments. Ich möchte dir für die grosse Anerkennung ein kleines Geschenk überreichen. Ein Geschenk, welches vielleicht auch etwas deine Rolle verkörpert, eine Rolle, welche dazu beiträgt, dass jemand anderer hier oben etwas aufblühen kann. Verena, vielen Dank für deine Arbeit für den Parlamentspräsidenten und für das Parlament.

Mit diesem Dank darf ich die heutige Sitzung eröffnen. Es ist meine erste und letzte Sondersitzung, welche ich hier leiten darf. Ich danke an dieser Stelle der Finanzkommission und den Fraktionen, dass sie hier dem Wunsch des Gemeinderats nachgekommen sind, damit wir das Budget 2020, welches in einer ersten Runde an der Urne am 17. November abgelehnt worden ist, noch in diesem Jahr in der entsprechend angepassten Form nochmals beraten können.

Ich möchte an erster Stelle noch den beiden Jubilaren gratulieren, welche eine Süssigkeit auf ihrem Tisch vorgefunden haben. Es sind dies Annemarie Berlinger und Pascal Arnold. Herzliche Gratulation zum Geburtstag in den vergangenen Tagen. Alles Gute von meiner Seite und von Seiten des Parlaments.

Wir schauen kurz ins Parlament: Wir haben zwei Vakanzen. Wir erwarten etwas später noch Beat Biedermann und Lucas Brönnimann. Es sind somit 38 Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend. Das Parlament ist beschlussfähig.

Der Aktenversand erfolgte am 29. November, das Protokoll vom 11. November ist mittlerweile auch online und wird an der Sitzung vom 17. Januar traktandiert.

Damit kommen wir zum Traktandum 1, Traktandenliste und Mitteilungen. Gibt es Anträge oder Voten zur Traktandenliste?

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2019/122

Budget 2020, Genehmigung

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Anlässlich der Abstimmung vom 17. November 2019 haben die Stimmberechtigten von Köniz mit 5'403 Ja-Stimmen (40 %) zu 8'241 Nein-Stimmen (60 %) das Budget für das Rechnungsjahr 2020 mit einer Steuererhöhung von 1.49 auf 1.54 Einheiten deutlich abgelehnt. Somit verfügt die Gemeinde Köniz aktuell über kein genehmigtes Budget 2020.

An einer Sonderklausur vom 20. November 2019 hat der Gemeinderat das weitere Vorgehen zum Budget 2020 besprochen. Er ist der Auffassung, dass das deutliche Volks-Nein primär auf die beantragte Erhöhung der Steueranlage zurückzuführen ist. Deshalb hat er beschlossen, für das Budget 2020 keine Erhöhung der Steueranlage mehr zu beantragen. In Absprache mit dem Parlamentspräsidenten wurde beschlossen, dem Parlament bereits am 9. Dezember 2019 das Budget 2020 erneut vorzulegen, aus folgenden Gründen:

Ein nicht genehmigtes und rechtskräftiges Budget 2020 würde die Verwaltungstätigkeit der Gemeinde und damit deren Handlungsfähigkeit beträchtlich einschränken. Die Gemeinde darf ohne rechtskräftiges Budget 2020 ab 01. Januar 2020 nur noch unumgängliche Verpflichtungen, insbesondere für gesetzlich festgelegte Ausgaben, eingehen. Diese Situation kann mit einer raschen Genehmigung des Budgets verhindert respektive auf eine sehr kurze Zeitspanne limitiert werden.

Zudem kann mit diesem Vorgehen dem Parlament im Dezember eine aktualisierte Version des Budgets vorgelegt werden, welches vom Parlament im September 2019 z.H. der Stimmbevölkerung verabschiedet wurde. Der Gemeinderat hat nur diejenigen Budgetzahlen, welche ohne grossen Zusatzaufwand aufgrund neuer Informationen und Erkenntnisse überarbeitet werden konnten, aktualisiert (z.B. neue Lastenausgleichszahlen, Steuereinnahmen, Beitrag Teilkonferenz Wirtschaft). Ansonsten wird dem Parlament das Budget so vorgelegt, wie es in enger Zusammenarbeit mit der Finanzkommission und dem Parlament in einem konstruktiven Prozess erarbeitet worden ist. Ein wichtiges Element ist dabei die vom Parlament mit der Motion 1819 beschlossene Aufgabenüberprüfung, welche die Jahresrechnung im 2020 um CHF 1.8 Mio. und ab 2021 wiederkehrend um rund CHF 2.5 Mio. entlasten wird.

Die Aufgabenüberprüfung ist denn auch einer der wichtigsten Gründe, weshalb die vom Volk abgelehnte Version des Budgets effektiv einen „Ertragsüberschuss“ von CHF 1.7 Mio. aufwies (Dieser wäre aber aufgrund der HRM2-Regeln der finanzpolitischen Reserve zugewiesen worden).

Mit einer Genehmigung des Budgets 2020 durch das Parlament im Dezember kann sich der Gemeinderat rasch auf die Erarbeitung des Budgets 2021 konzentrieren. Dabei wird er als erstes die Finanzstrategie sowie den Investitionsplan überarbeiten. Des Weiteren wird er die verschiedenen laufenden und anstehenden Entwicklungsprojekte evaluieren und priorisieren. Gleichzeitig wird der Gemeinderat für das Budget 2021 weitere Ergebnisverbesserungen prüfen. All dies benötigt eine gewisse Zeit und notwendige Abklärungen. Es wäre nicht möglich gewesen, diese innerhalb weniger Wochen seriös vorzunehmen und in das Budget 2020 einfließen zu lassen.

Der Gemeinderat legt deshalb dem Parlament ein aktualisiertes Budget der vom Parlament am 16. September 2019 verabschiedeten Version vor, mit folgenden Anpassungen:

- Eine gegenüber den Vorjahren unveränderte Steueranlage von 1.49;
- Aktualisierung der Lastenausgleich (FILAG)-Zahlen gemäss Mitteilung Kanton vom Juli 2019;
- Mitglieder-Beitrag 2020 für die Teilkonferenz Wirtschaft wurde aufnehmen;
- Empfehlung des Gemeinderats an das Parlament, die Zinsschwankungsreserve im Budget 2020 nicht aufzunehmen

Mit diesen Vorgaben werden im Budget 2020 nur einige wenige Korrekturen vorgenommen. Sie betreffen ausschliesslich die Sacharten Fiskalertrag, Transferaufwand sowie ausserordentlicher Aufwand (Einlagen in Reserven) in der Erfolgsrechnung. Die übrigen Sacharten werden nicht tangiert, deshalb wird auf eine umfangreiche Aufbereitung der Budgetunterlagen verzichtet. Dem Parlament wird entsprechend nicht ein neues Budgetheft vorgelegt, sondern eine Übersicht mit den vorgenommenen Korrekturen, ein Überblick über die wichtigsten Zahlen sowie die neue, dreistufige Erfolgsrechnung. Die Veränderungen beim Fiskalertrag und Transferaufwand werden dem Parlament zudem im vorliegenden Parlamentsantrag erläutert.

2. Überarbeitung Budget 2020 nach negativem Volksentscheid

Gegenüber dem vom Parlament am 16. September 2019 genehmigten Budget wurden folgende Korrekturen vorgenommen:

Fiskalertrag (Minderertrag)	CHF -3'100'000
Einkommenssteuern natürliche Personen	CHF -2'600'000
Vermögenssteuern natürliche Personen	CHF -300'000
Gewinnsteuer juristische Personen	CHF -200'000
Transferaufwand (Minder-, Mehraufwand+)	CHF +559'987
Lastenausgleich neue Aufgabenverteilung	CHF +41'500
Finanzausgleich / Disparitätenabbau	CHF -244'092
Soziodemografischer Zuschuss (Mehrertrag)	CHF 6'000
Beitrag öffentlicher Verkehr	CHF -37'448
Lastenausgleich Sozialhilfegesetz	CHF +780'962
Lastenausgleich Familienzulage	CHF +98'402
Beitrag an Ergänzungsleistungen	CHF -101'337
Beitrag 2020 Teilkonferenz Wirtschaft	CHF +28'000
Ausserordentlicher Aufwand (Wegfall Aufwand)	CHF 2'869'698
Wegfall Einlage in finanzpolitische Reserve	CHF 1'732'038
Wegfall Einlage "Zinsschwankungsreserve"	CHF 1'137'660

Das dem Volk vorgelegte Budget 2020 wies, nach den Einlagen in die Reserven, ein ausgeglichenes Budget aus. Neu wird dem Parlament das Budget 2020 mit einem ausgewiesenen Defizit von CHF 790'289 vorgelegt. Dieses kann wie folgt hergeleitet werden:

Ausgewiesenes Defizit gemäss Volksbotschaft
 Wegfall Ertrag Aus Steuererhöhung
 Höherer Transferaufwand infolge Aktualisierung
 Wegfall Einlagen in Reserven
Neu im Budget 2020 ausgewiesener Aufwandüberschuss

CHF 0
 CHF 3'100'000
 CHF 559'987
 CHF -2'869'698
CHF 790'289

Die durch die vorstehenden Korrekturen veränderten Sacharten im steuerfinanzierten Haushalt werden dem Parlament nachstehend wie folgt erläutert:

1.1 Fiskalertrag

<u>in CHF</u>	<u>Budget 2020</u>	<u>Budget 2019</u>	<u>RG 2018</u>
Fiskalertrag	117'604'000	115'897'000	115'272'155.24
Veränderung gegenüber Budget 2019 in %	+ 1,47 %		
Veränderung gegenüber RG 2018 in %	+ 2,02 %		

Der Fiskal(Steuer)ertrag nimmt statt CHF 4.8 Mio. (Betrag mit Erhöhung der Steueranlage) neu um rund CHF 1,7 Mio. gegenüber dem Vorjahresbudget zu. Auf Grund der effektiven Steuereinnahmen in der Rechnung 2018 mussten die Steuereinnahmen für das Jahr 2020 insbesondere bei den natürlichen Personen überarbeitet werden. Ebenfalls im Budgetjahr 2020 wurde die vom Kanton geplante Neubewertung der amtlichen Werte berücksichtigt, welche Mehreinnahmen im Bereich Liegenschaftssteuern von CHF 3 Mio. generieren soll. Bei den Quellensteuern mussten im Gegenzug die Steuererträge den Durchschnittswerten der Vorjahre angepasst werden und liegen rund CHF 0,9 Mio. unter dem Vorjahr.

<u>in CHF</u>	<u>Budget 2020</u>	<u>Budget 2019</u>	<u>RG 2018</u>
Direkte Steuern natürliche Personen	88'400'000	89'750'000	88'679'686.34
Einkommenssteuer natürliche Personen	78'820'000	79'000'000	78'307'717.59
Vermögenssteuer natürliche Personen	7'250'000	7'520'000	8'031'362.95
Quellensteuer natürliche Personen	2'330'000	3'230'000	2'340'605.80

Aufgrund der effektiven Steuererträge im 2018 sind die budgetierten Erträge im 2020 bei den Einkommens- und Vermögenssteuern etwas angepasst worden. Die Quellensteuern mussten aufgrund des Rechnungsergebnisses 2018 relativ stark reduziert werden.

<u>in CHF</u>	<u>Budget 2020</u>	<u>Budget 2019</u>	<u>RG 2018</u>
Direkte Steuern juristische Personen	12'552'000	11'850'000	13'953'753.60
Gewinnsteuern juristische Personen	12'300'000	11'450'000	13'655'149.05
Kapital- + Holdingsteuern juristische Personen	252'000	400'000	298'604.55

Bei den Gewinnsteuern wird aufgrund des Resultats im Rechnungsjahr 2018 wieder mit höherem Ertrag als im Vorjahresbudget 2019 gerechnet. Aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage wurden die Einnahmen bei den juristischen Personen jedoch eher vorsichtig budgetiert. Insbesondere bei den Steuerteilungen der überregional tätigen Firmen (Swisscom usw.) werden tiefere Einnahmen als im Rechnungsjahr 2018 erwartet

1.2 Transferaufwand

<u>in CHF</u>	<u>Budget 2020</u>	<u>Budget 2019</u>	<u>RG 2018</u>
Transferaufwand	116'299'193	117'794'614	113'312'171.69
Veränderung gegenüber Budget 2019 in %	- 1,27 %		
Veränderung gegenüber RG 2018 in %	+ 2,64 %		

Die Sachart „Transferaufwand“ macht rund 57 % des Gesamtaufwandes im allgemeinen Haushalt (Steuerhaushalt) aus. Darin enthalten sind alle Transferzahlungen an Dritte (Bund, Kanton, andere Gemeinwesen, Unternehmen, Vereine, Private), welche nicht direkt mit einer Gegenleistung verbunden sind (wie z.B. beim Sachaufwand). Enthalten sind z.B. alle Zahlungen an die Lastenausgleichssysteme FILAG, Betriebsbeiträge usw. Die Prognoseannahmen (FILAG) des Kantons datieren vom Juli 2019. Beim Transferaufwand handelt es sich um gebundene Ausgaben, deren Höhe nicht oder nur indirekt beeinflusst werden kann.

Der gesamte Transferaufwand nimmt gegenüber dem Vorjahr um CHF 1,5 Mio. oder 1,27 % ab.

Einerseits konnten die folgenden FILAG-Zahlen gegenüber dem Vorjahr tiefer budgetiert werden:

- Finanzausgleich / Disparitätenabbau um CHF 2,05 Mio.
- Beitrag an den Öffentlichen Verkehr um CHF 0,18 Mio.

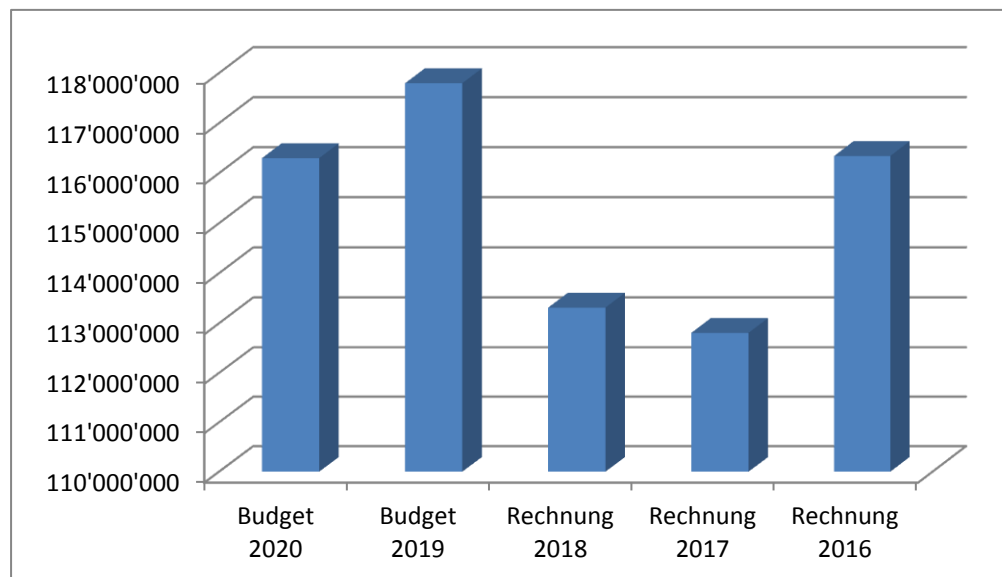
Andererseits mussten die folgenden FILAG-Zahlen gegenüber dem Vorjahr höher budgetiert werden:

- LA neue Aufgabenverteilung um CHF 0,44 Mio.
- LA Sozialhilfegesetz um CHF 1,13 Mio.
- Beitrag an die Ergänzungsleistungen um CHF 0,55 Mio.
- Beitrag an die Lehrerbesoldungen (inkl. HPS) um CHF 1,0 Mio.

Bei den Tagesschulen sollte der Beitrag der Gemeinde infolge höherer Eltern- und Kantonsbeiträge um CHF 0,5 Mio. abnehmen.

Im Weiteren sinken die Beiträge an private Haushalte (Sozialhilfe / Krankenkassenprämien) um CHF 1,6 Mio.

Die Entwicklung der Transferkosten kann grafisch wie folgt dargestellt werden.



1.3 Ausserordentlicher Aufwand

Der ausserordentliche Aufwand ist CHF 2,2 Mio. tiefer als im Vorjahr. Budgetiert sind die Einlagen in den Ausgleich von Planungsvorteilen von CHF 0,87 Mio. und die Einlage für die Spezialfinanzierung „Teilautonome Volksschule“ von CHF 0,13 Mio.

Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr ist einerseits auf die tieferen Einlagen bei den Planungsvorteilen (CHF 1,4 Mio.) zurückzuführen, andererseits aber auch auf den Entscheid des Gemeinderates, dem Parlament den Verzicht auf die Einlage in die Zinsschwankungsreserve in der Höhe von CHF 1.137 Mio. (Vorjahr CHF 0,8 Mio.) vorzuschlagen.

3. Neues Ergebnis Budget 2020

Die Rechnungen der letzten Jahre wiesen alle ein strukturelles Defizit aus. Das Defizit belief sich im Jahr 2017 auf CHF 2,1 Mio. und im Jahr 2018 auf CHF 2,8 Mio. Das Budget 2019 wurde vom Parlament mit einem Defizit von CHF 3,3 Mio. verabschiedet.

Das Budget 2020 weist neu ein Defizit von CHF 0,8 Mio. aus. Dies hat folgende Auswirkungen auf den Bilanzüberschuss der Gemeinde Köniz:

Bilanzüberschuss per Ende 2018	CHF 6'461'290
Defizit Budget 2019	CHF -3'274'350
Defizit Budget 2020	CHF -790'289
Budgetierter Bilanzüberschuss per Ende 2020	CHF 2'396'651

Der Handlungsspielraum der Gemeinde Köniz wird somit per Ende 2020 beim Bilanzüberschuss gemäss Budgetprognosen unter einem halbem Steuerzehntel liegen.

4. Das Budget 2020 gestufter Erfolgsausweis

Erfolgsrechnung	(in CHF)	GESAMT	STEUERN	SPEZ.FINANZ	GESAMT	GESAMT
		Budget 2020	Budget 2020	Budget 2020	Budget 2019	Rechnung 2018
Betrieblicher Aufwand						
30	Personalaufwand	54'741'850	48'663'550	6'078'300	52'929'030	52'850'527
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	28'233'108	22'515'338	5'717'770	28'458'908	27'163'984
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	8'933'000	8'285'000	648'000	8'487'100	7'489'469
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	5'325'500	0	5'325'500	6'626'050	5'055'255
36	Transferaufwand	122'161'703	116'299'193	5'862'510	123'793'214	119'132'487
39	Interne Verrechnungen	453'370	453'370	0	553'748	567'717
Total Betrieblicher Aufwand		219'848'531	196'216'451	23'632'080	220'848'050	212'259'438
Betrieblicher Ertrag						
40	Fiskalertrag	117'784'000	117'604'000	180'000	115'897'000	115'272'155
41	Regalien und Konzessionen	2'199'000	2'199'000	0	2'299'000	2'189'860
42	Entgelte	47'809'932	27'828'032	19'981'900	46'541'432	46'875'331
43	Verschiedene Erträge	2'999'000	2'499'000	500'000	4'189'000	3'920'318
45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	2'136'700	150'000	1'986'700	1'830'542	1'543'329
46	Transferertrag	42'863'970	42'496'430	367'540	44'234'414	39'443'803
49	Interne Verrechnungen	453'370	345'270	108'100	553'748	567'717
Total Betrieblicher Ertrag		216'245'972	193'121'732	23'124'240	215'545'136	209'812'513
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit		-3'602'559	-3'094'719	-507'840	-5'302'914	-2'446'925
Ergebnis aus Finanzierung						
34	Finanzaufwand	3'670'510	3'670'510	0	4'059'410	3'878'512
44	Finanzertrag	6'741'600	6'394'820	346'780	6'810'460	7'079'376
Ergebnis aus Finanzierung		3'071'090	2'724'310	346'780	2'751'050	3'200'864
Operatives Ergebnis		-531'469	-370'409	-161'060	-2'551'864	753'939
Ausserordentliches Ergebnis						
38	Ausserordentlicher Aufwand	1'000'280	1'000'280	0	3'214'040	3'130'916
48	Ausserordentlicher Ertrag	580'400	580'400	0	650'802	112'041
Ausserordentliches Ergebnis		-419'880	-419'880	0	-2'563'238	-3'018'875
Gesamtergebnis ERFOLGSRECHNUNG		-951'349	-790'289	-161'060	-5'115'102	-2'264'937
SPEZIALFINANZIERUNGEN						
	SF Feuerwehr	102'889	0	102'889	231'874	290'260
	SF Abfallbewirtschaftung	-51'840	0	-51'840	-79'104	211'754
	SF KEGUL	-617'471	0	-617'471	-102'425	48'660
	SF Wasserversorgung	431'393	0	431'393	-59'857	-184'864
	SF Abwasserentsorgung	-26'031	0	-26'031	-1'831'240	196'581
Ergebnis ALLGEMEINER HAUSHALT / STEUERHAUSHALT		-790'289	-790'289	0	-3'274'350	-2'827'327

(Erläuterungen zu den wichtigen Begriffen im Finanzhaushalt: www.koeniz.ch/iafp)

5. Investitionen

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Überarbeitung des Investitionsplanes mit dem Budget 2021 vorzunehmen. Dieser Entscheid beruht auf der Tatsache, dass die im Budget 2020 abgebildeten Folgekosten aus der Investitionstätigkeit (Abschreibungen, Zinsen) mehrheitlich auf bereits beschlossenen Massnahmen beruhen. Der Gemeinderat will bereits im 1. Quartal 2020 den Investitionsplan überarbeiten. Damit einhergehend sollen auch die für das Jahr 2020 neu geplanten Investitionen nochmals diskutiert werden, da vor allem sie Einfluss auf die Folgekosten ab Budget 2021 haben werden.

6. Weiteres Vorgehen

Eine Genehmigung des Budgets 2020 durch das Parlament am 9. Dezember 2019 würde es der Gemeinde ermöglichen, das Jahr 2020 mit einem genehmigten und ab Mitte Januar 2020 rechtskräftigen Budget zu starten. Der Gemeinderat kann sich so rasch auf die Erarbeitung des Budgets 2021 konzentrieren. Diesbezüglich wird er als erstes - wie oben ausgeführt - die Finanzstrategie und die Investitionsplanung überarbeiten, Entwicklungsprojekte priorisieren und weitere Ergebnisverbesserungen prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Im Jahr 2020 sind folgende Steuern zu erheben:
 - Die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.49-fachen Betrag der für die Kantonssteuer geltenden Einheitssätze.
 - Die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ auf den amtlichen Wert der Liegenschaft.
2. Das Parlament genehmigt das Budget der Erfolgsrechnung 2020, das bei einem

Gesamtertrag von	CHF 224'272'734
und einen Gesamtaufwand von	CHF 225'063'023
ein Ergebnis von	CHF -790'289
ausweist.	

Köniz, 28. November 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Budget 2020: Kurzfassung gemäss Gemeinderats-Beschluss vom 28. November 2019
- 2) Budget 2020 (Ausführliche Vorlage vom 16. September 2019) (nur in elektronischer Form, Nachversand in Papierform auf Nachfrage möglich)

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Es handelt sich hier um ein Geschäft der Direktion Präsidiales und Finanzen. Als Sitzungsakten liegen euch der Bericht und der Antrag des Gemeinderats vor, sowie eine Kurzfassung des Gemeinderats, welcher die Änderungen, welche im Vergleich zum abgelehnten Budget vorgenommen wurden, beschreibt. Dann habt ihr auch noch das Budget 2020 in der Originalversion vom 16. September vor euch.

Wir gehen bei diesem Geschäft wie folgt vor: Wir beginnen mit der Stellungnahme der Finanzkommission. Dann folgen allfällige Ergänzungen des Gemeinderats sowie die Voten der Fraktionen und die Einzelvoten. Das ist ein erster allgemeiner Teil der Beratung. Dann wird es noch eine Detailberatung geben, wie wir dies im September auch schon gemacht haben. Wir werden uns dort am Budget, ab Seite 43 orientieren. Hier könnt ihr dann zu den einzelnen Konten der Erfolgsrechnung und der Steueranlage die Voten halten und die Anträge stellen. Ihr habt dazu auch eine Tischvorlage vor euch, welche die bis heute in schriftlicher Form eingegangenen Anträge beinhaltet. Im Mail vom 3. Dezember wurdet ihr darauf hingewiesen, dass die Anträge zum Budget schriftlich vorliegen müssen.

Lucas Brönnimann trifft ein. Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend.

Finanzkommission Casimir von Arx, glp: Auch für mich ist heute ein besonderer Tag, denn auch für mich ist es die erste Sondersitzung in diesem Parlament und es ist gleichzeitig mein letztes Votum als Könizer Finanzkommissionspräsident.

Aber zur Sache: Am 17. November haben die Stimmberechtigten das Budget 2020 abgelehnt. Das heisst, das Parlament muss also ein neues Budget beschliessen. Der Gemeinderat hat schnell eine neue Budgetvorlage erarbeitet und diese hat die Finanzkommission zuhanden des Parlaments geprüft, so wie sie es auch sonst bei den normalen Budgetvorlagen macht. Dies geschah an einer extra anberaumten Sitzung am 5. Dezember. Ich danke den Finanzkommissionsmitgliedern, dass dies so kurzfristig möglich war. Das Parlament kann heute bei der Beratung des Budgets genau dieselben Entscheide fällen, wie sonst auch. Das heisst, es kann Änderungen an den Konten vornehmen, es kann die Steueranlage für die ordentlichen Gemeindesteuern anpassen, es kann die Liegenschaftssteuer anpassen und es kann das Budget zurückweisen oder ablehnen. Je nach Beschluss des Parlaments unterliegt der Entscheid dann dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum.

Die neue Budgetvorlage ist schnell erklärt, wenn man die Vorlage vom 16. September schon kennt. Der Gemeinderat hat nämlich nur wenige Anpassungen vorgenommen:

- Die Steuererhöhung wurde entfernt. Dies führt zu einer Verschlechterung des Resultats um CHF 3.1 Mio.
- Die im Juli vom Kanton bekanntgegebenen Zahlen zum Finanz- und Lastenausgleich (Filag) wurden eingebaut. Dies führt zu einer Verschlechterung um etwa CHF 532'000. Diese Zahl kennt Ihr schon aus der Beilage 5 der Vorlage vom 16. September. Damals war die Zahl aber nicht ins Budget eingearbeitet, weil es dafür terminlich nicht mehr reichte. Die bedeutendste Verschlechterung stammt aus dem Lastenausgleich Sozialhilfegesetz und beläuft sich auf knapp CHF 781'000. Die genauen Gründe hierfür konnte der Gemeinderat nicht nennen; der Kanton - von dem die Zahlen stammen - nennt auch keine.
- Durch die Verschiebung des Austritts aus der Teilkonferenz Wirtschaft um ein Jahr verschlechtert sich das Ergebnis um weitere CHF 28'000.
- Der Gemeinderat schlägt heute - anders als im September - vor, auf die Einlage in die Zinsschwankungsreserve zu verzichten. Das führt zu einer Verbesserung um gut CHF 1.1 Mio.
- Während im September vor der Einlage in die finanzpolitische Reserve insgesamt ein Gewinn von ca. CHF 1.7 Mio. herauschaute, ist es jetzt ein Verlust von ca. CHF 790'000. Die Einlage in die finanzpolitische Reserve, welche im alten Budget enthalten war, entfällt bei einem Defizit automatisch.

Das neue Budget entspricht also bis auf wenige Anpassungen dem alten. Das Resultat ist aber natürlich deutlich schlechter, weil die Steuererhöhung wegfällt und die Filag-Zahlen schlechter wurden. Neue Sparmassnahmen hat der Gemeinderat nicht eingebaut. Da der Gemeinderat keinen Plan B für den Fall einer Ablehnung der Steuererhöhung hat, können kurzfristig keine gut durchdachten substanziellen Sparmassnahmen gefunden werden. Der Plan B des Gemeinderats kommt dann gewissermassen im Budget 2021. Auf's nächste Jahr hin wird der Gemeinderat nach Ansicht der Finanzkommission die Investitionen genauer anschauen müssen. Dazu sollte der Gemeinderat nun endlich das Tool für ein umfassendes Infrastrukturmanagement einführen. Dieses Projekt aus dem Jahr 2016 - damals hiess es noch Asset-Management - ist noch nicht umgesetzt. Die Finanzkommission hat dem Gemeinderat mit Nachdruck empfohlen, hier nun vorwärts zu machen.

Ein Hinweis zum Inkrafttreten des Budgets: Wenn das Parlament heute das Budget verabschiedet, folgt eine 30-tägige Beschwerdefrist ab Publikation des Parlamentsentscheids.

Wenn niemand Beschwerde einreicht, tritt das Budget ca. Mitte Januar in Kraft. Von Anfang bis Mitte Januar hat die Gemeinde Köniz somit kein rechtskräftiges Budget. In diesem Zeitraum dürfen gemäss Art. 70 der kantonalen Gemeindeverordnung nur sogenannte unumgängliche Verpflichtungen, insbesondere für gebundene Ausgaben, getätigt werden. Der Gemeinderat hat eine Weisung erlassen, in der definiert wird, was unumgängliche Verpflichtungen sind. Diese Weisung wurde der Finanzkommission vorgelegt. Sie ist nicht besonders spektakulär: Im Wesentlichen geht es darum, dass keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden dürfen, bis ein rechtskräftiges Budget vorliegt. Auch Beförderungen und ein allfälliger Teuerungsausgleich müssen aufgeschoben werden; sie können dann aber rückwirkend auf den 1. Januar gesprochen werden, sobald das Budget rechtskräftig ist.

Ich komme zu den Empfehlungen der Finanzkommission: Zunächst mache ich Euch auf die Tischvorlage aufmerksam. Die Finanzkommission hat festgestellt, dass gegenüber dem Antrag des Gemeinderats eine zusätzliche Beschlussziffer einzufügen ist. Artikel 4 Absatz 2 des Reglements über die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“ lautet: „Jährlich und gleichzeitig mit der Behandlung des Budgets fürs Folgejahr legt das Parlament durch separaten Beschluss fest, ob im Folgejahr die Einlage oder Entnahme erfolgt.“ Einen Beschluss über die Einlage in die Zinsschwankungsreserve muss das Parlament also immer fällen, auch wenn es dem Vorschlag des Gemeinderats folgt und auf die Einlage verzichtet. Nach Rücksprache mit dem Parlamentspräsidenten und der Fachstelle Parlament stellt die Finanzkommission daher einen Antrag.

Die budgetierte Einlage in die Zinsschwankungsreserve beträgt CHF 1'137'660. Wie jedes Jahr sei daran erinnert, dass a) die definitive Höhe der Einlage erst mit Vorliegen der Jahresrechnung 2020 bekannt sein wird und dass b) das Parlament dann nicht mehr auf den Entscheid, ob es die Einlage vornehmen will, zurückkommen kann.

Anders als der Gemeinderat empfiehlt die Finanzkommission dem Parlament, die Einlage in die Zinsschwankungsreserve vorzunehmen. Das Abstimmungsverhältnis in der Finanzkommission war 4 Ja gegen 1 Nein bei 1 Enthaltung. Folgende Gründe wurden in der Finanzkommission besprochen:

1. Ein Verzicht auf die Einlage in die Zinsschwankungsreserve wäre reine Budgetbeschönigung. An den Zinsschwankungsrisiken hat sich seit dem 16. September nichts Wesentliches geändert.
2. Der Verzicht auf die Steuererhöhung trifft vor allem die Jungen, weil sie am meisten von Defiziten und hohen Schulden betroffen sein werden. Es soll daher nicht auch noch auf einen besseren Schutz gegen Zinsschwankungsrisiken verzichtet werden.
3. Ein Defizit von nur CHF 790'000 würde ein zu positives Bild der Finanzlage vermitteln. Insbesondere der Unterschied zum Budget vom 16. September wäre klein, was zu Missverständnissen führen könnte. Das Budget vom 16. September war, wegen der Einlage in die finanzpolitische Reserve, ausgeglichen.

Dann zur ordentlichen Steueranlage und zur Liegenschaftssteuer: In den letzten Tagen hat sich eine Tatsache herumgesprochen, die vielen im Parlament wie auch im Gemeinderat nicht bewusst war. Diese Tatsache ist eine Konsequenz aus Artikel 46 der Gemeindeordnung. Ich zitiere: „Wird keine Änderung der Anlage der obligatorischen Gemeindesteuern beantragt, beschliesst das Parlament a) das Budget der Erfolgsrechnung und die Anlage der obligatorischen Gemeindesteuern, b) den Satz der Liegenschaftssteuer.“ Der springende Punkt ist, dass es sich bei der Liegenschaftssteuer gemäss dem kantonalen Steuergesetz um eine fakultative Gemeindesteuer handelt. Und der Art. 46 spricht zu Beginn nur von *obligatorischen* Gemeindesteuern. Wenn das Parlament also die ordentliche Steueranlage von 1.49 unverändert lässt, entscheidet es abschliessend über den Liegenschaftssteuersatz. Das Parlament kann also in diesem Fall die Liegenschaftssteuer auch erhöhen und dieser Entscheid ist weder referendumspflichtig noch referendumsfähig. In der Finanzkommission wurde diskutiert, ob das Parlament für das Budget 2020 von dieser Möglichkeit Gebrauch machen soll. Eine Erhöhung von heute 1.2 Promille auf den maximalen Steuersatz von 1.5 Promille – diese Grenze ist im kantonalen Steuergesetz festgelegt – würde nach Information des Gemeinderats zu einem Mehrertrag von fast 3 Mio. CHF führen, also etwa gleich viel wie die abgelehnte Erhöhung der ordentlichen Steueranlage. Gegen eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer für das Budget 2020 sprechen aus Sicht der Finanzkommission folgende Gründe:

1. Es hat über die Option, nur die Liegenschaftssteuern zu erhöhen, bislang keine ausreichende öffentliche Debatte stattgefunden. Es konnten sich auch nicht alle Fraktionen darüber unterhalten. Da eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer durchaus eine gewisse Bedeutung für die Bevölkerung hat, sollte sie nicht übers Bein gebrochen, sondern zuerst debattiert werden.

2. Würde das Parlament nur drei Wochen nach der Ablehnung einer Steuererhöhung durch die Stimmberechtigten und ohne vorher darauf hingewiesen zu haben, einfach eine andere Steuer erhöhen, könnte das als unfairer Trick oder gar als Missachtung des Volkswillens angesehen werden. Es ist allerdings unbestritten, dass die Gemeindeordnung, die ebenfalls von den Stimmberechtigten genehmigt wurde, das Parlament zu einem solchen Schritt ermächtigt.
3. Zurzeit ist nicht klar, welche finanziellen Auswirkungen die Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke auf die Liegenschaftssteuer haben wird. Diese Auswirkungen werden erst im nächsten Jahr bekannt, weil es nach dem Bundesgerichtsurteil, den ich im September erwähnte, noch einmal Beschlüsse auf kantonaler Ebene braucht. Die Liegenschaftssteuer wird so oder so steigen – der Steuersatz nicht, sondern der Steuerertrag. Darum sollte eine weitere Erhöhung nicht herbeigeführt werden, bevor die Auswirkungen der erwähnten kantonalen Beschlüsse auf dem Tisch liegen.

In der Finanzkommission wurde kein Antrag auf eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer gestellt. Sie empfiehlt Ziffer 1 des Gemeinderatsantrags mit 5 Ja bei 1 Enthaltung zur Annahme.

Bevor ich zur letzten Empfehlung der Finanzkommission komme, noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen: Die Finanzkommission hat natürlich nicht nur das Budget, sondern auch die Lage nach der Ablehnung der Steuererhöhung besprochen. Sie hat den Gemeinderat gefragt, wie er das Abstimmungsergebnis interpretiert. Er führt die Ablehnung primär auf die Steuererhöhung zurück.

In der Finanzkommission wurden neben dieser sicher naheliegenden Interpretation auch andere mögliche Gründe diskutiert, namentlich:

- eine Ablehnung des Sparprogramms,
- das Problem, dass gemäss IAFP-Auszug im Abstimmungsbüchlein ab 2024 auch mit Steuererhöhung wieder ein Defizit resultiert hätte,
- das weitgehende Fehlen einer öffentlichen Debatte über den von Parlament und Gemeinderat erarbeiteten Kompromiss.

Welcher dieser Gründe wie wichtig war, wissen wir nicht. Tatsache ist aber, dass Köniz nun auf das achte Defizit in Folge zusteuert. Die Finanzkommission kann das eigentlich nicht gutheissen. Es ist klar, dass es weniger Ausgaben, mehr Einnahmen oder beides braucht. Aus diesem Grund gab es durchaus auch die Meinung, dass es, um akute Finanzprobleme zu verhindern, geboten sein könnte, die Liegenschaftssteuer zu erhöhen. Mangels zeitnaher Handlungsmöglichkeiten empfiehlt die Finanzkommission aber wohl oder übel die Annahme von Ziffer 2 des Gemeinderatsantrags. Dieser Entscheid fiel mit 3 Ja bei 3 Enthaltungen. Falls der Antrag der Finanzkommission auf Einlage der Zinsschwankungsreserve angenommen wird, beträgt das Defizit in Ziffer 2 gut CHF 1.9 Mio. Auch für diesen Fall empfiehlt die Kommission die Annahme von Ziffer 2, mit 3 Ja zu 1 Nein bei 2 Enthaltungen.

Gemeindepräsidentin, Annemarie Berlinger: Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, allen herzlich zu danken, welche mitgeholfen haben, dass wir bereits heute wieder mit einem Budget im Parlament sein können. Insbesondere geht hier mein Dank an den Parlaments- und Finanzkommissionspräsidenten, welche sich unkompliziert zu dieser Sondersitzung bereit erklärt haben. Auch ein Dank an die Verwaltung und an meine Gemeinderatskollegen, welche in den letzten Wochen doch den einen oder anderen Purzelbaum gemacht haben. Ansonsten habe ich nichts zu ergänzen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft obligatorisch ist.

Fraktionssprecherin Iris Widmer, Grüne: Die Grünen Köniz sind über die Ablehnung des Budgets 2020 enttäuscht, welches eine wirklich moderate Steuererhöhung beinhaltet hätte. Gründe für diese Ablehnung dürften divers und sehr vielschichtig sein. Casimir von Arx hat dies zuvor bereits erläutert. Klar ist aber, dass darum die finanzielle Situation in Köniz aufgrund des Investitionsstaus in den nächsten Jahren schwierig bleibt und Köniz voraussichtlich ein weiteres Defizit schreiben wird. Eine Situation, welche nun schon sehr lange anhält. Klar ist auch, dass die vom Volk abgelehnte, aber notwendige Steuererhöhung das Resultat eines hart errungenen Kompromisses hier im Parlament war. Aus unserer Sicht ist diese schon lange andauernde schlechte finanzielle Situation der Gemeinde, das zweimalige Scheitern der Steuererhöhung im Parlament, das zähe Ringen um Bedingungen einer Steuererhöhung, nämlich einer erneuten Aufgabenüberprüfung und weitere flankierende Massnahmen wie Zinsschwankungsreserven und Kostenbremse für die Zusage von Mitte-Rechts für die Unterstützung einer Steuererhöhung, in der Bevölkerung nicht angekommen.

Man könnte hier schon beinahe von einem Informationsstau sprechen. Der einzigartige Umstand, dass alle Könizer Parteien, ausser FDP und BDP, geeint für eine Steuererhöhung eingetreten sind, scheint nicht wahrgenommen worden zu sein.

Sowohl die Parteien, aber vor allem auch der Gemeinderat hat unseres Erachtens den Dialog mit der Bevölkerung zu wenig gesucht um zu erklären warum es die Steuererklärung jetzt wirklich braucht. Der Gemeinderat nimmt hier seine Führungsrolle für nachhaltig gesunde Gemeindefinanzen seit Jahren zu wenig wahr. Wir erwarten hier deutlich mehr, falls es wieder zu einer Abstimmung kommt. Der Gemeinderat muss hier viel mehr als bisher auf die Menschen zugehen.

Der Gemeinderat hat nach der Ablehnung des Budgets schnell gehandelt und im Schnellzugstempo ein überarbeitetes Budget ohne Steuererhöhung vorgelegt. Damit kann ein budgetloser Zustand der Gemeinde, welcher mit erheblichen Einschränkungen verbunden gewesen wäre, vermieden werden. Das ist sicherlich positiv. Negativ ist aber, dass wiederum ein defizitäres Budget präsentiert wird und wir hinsichtlich der finanziellen Situation – bildlich gesprochen – auf Feld 1 stehen. Die finanziellen Probleme bleiben ungelöst und der Gemeinderat muss dringend und das hat er ja auch angekündigt, die Finanzstrategie überarbeiten. Dafür müssen unseres Erachtens alle Ebenen und Parameter überdacht und einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. Beispielsweise ergibt sich hinsichtlich der Liegenschaftssteuer eine gänzlich andere Ausgangslage, als noch vor einem Jahr. Die Situation auf der kantonalen Ebene dürfte sich nun wirklich langsam klären und so kann auch wieder eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer in Betracht gezogen werden. Wir fordern den Gemeinderat ausdrücklich auf, die Erhöhung der Liegenschaftssteuer in seine Überlegungen miteinzubeziehen. Aus unserer Sicht braucht es früher oder später nach wie vor eine Steuererhöhung, sei es bei der Einkommenssteuer oder bei der Liegenschaftssteuer oder in einer Kombination beider. Ohne Steuererhöhung wird die Gemeinde Köniz nicht darum herumkommen, die Investitionen massiv herunter zu fahren, wie beispielsweise beim Fussballfeld Lerbermatt oder bei den Renovations- oder den Unterhaltstandards von Schulen und Strassen. Das bedeutet aber einmal mehr eine Verlagerung der finanziellen Lasten auf zukünftige Generationen und das kann ja nicht im Sinne der verantwortungsvollen politischen Parteien hier in Köniz sein. Übrigens werden auch bestehende Angebote wie die Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt oder die geplante Investitionen bei der überdimensionierten Tramwendeschleife in Kleinwabern unter dem Aspekt von Kosten/Nutzen zur Diskussion stehen müssen.

Jetzt aber zum vorliegenden Budget: Es schliesst wie gesagt wiederum mit einem Defizit. Das Defizit wäre noch grösser, wenn der Gemeinderat die Einlage in die Zinsschwankungsreserve ernsthaft vorgeschlagen hätte. Eine Einlage in diese Reserve würde das Defizit der Gemeinde um CHF 1.1 Mio. verschlechtern. Dadurch würde die Könizer Finanzmisere zwar ehrlicher abgebildet, aber die Grüne-Fraktion war schon immer gegen dieses gänzlich unnötige Instrument und wird darum den Antrag auf die Einlage in die Zinsschwankungsreserve weiterhin konsequent ablehnen. Die Gründe, weshalb wir diese Zinsschwankungsreserven nicht befürworten, haben wir damals bei der Einführung dieses Reglements hinreichend dargelegt. Ich möchte hierzu einfach betonen, dass die Zinsschwankungsreserve einen künstlichen Spardruck erzeugt und den Handlungsspielraum der Gemeinde unnötig einschränkt. Und diesen finanziellen Handlungsspielraum brauchen wir, insbesondere für die freiwilligen Aufgaben, welche im Rahmen der Aufgabenüberprüfung weggespart oder gekürzt worden sind. Wir möchten daran erinnern, dass die Aufgabenüberprüfung nur Ausgaben betrifft, welche die Gemeinde Köniz selber kurz- oder mittelfristig beeinflussen kann. Dieser Anteil ist sehr gering, nämlich tiefer als 20% des Gemeindebudgets. Aber es sind genau diese selbstgewählten Aufgaben, welche massgeblich zu einem Lebenswert und vielfältigen Gemeindeleben beitragen.

Aus diesem Grund werden wir zusammen mit der SP verschiedene Anträge einreichen, welche ihr auf der Tischvorlage seht. Und wenn wir die Einlage in die Zinsschwankungsreserve nicht machen würden, dann wären diese Massnahmen bereits abgedeckt. Ausserdem stellen wir einen weiteren Antrag, welcher die Einnahmenseite verbessert und so wenigstens teilweise zur Kompensation beiträgt.

Ich komme zum Fazit. Die Grüne-Fraktion kommt zum Schluss, dass wenn die Anträge abgelehnt werden, wir das Budget grossmehrheitlich ablehnen werden. Die Situation ist anders als im September: Die schmerzlichen Kürzungen bei den freiwilligen Aufgaben wären damals wenigstens einer Steuererhöhung gegenüber gestanden. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Die Anträge werden wir im Rahmen der Einzelvoten dann noch näher begründen.

Fraktionssprecher Christian Roth, SP: Am 17. November hat bekannterweise das Könizer Stimmvolk entschieden, dass es kein Budget 2020 gibt. Und vor allem gibt es vorerst keine Steuererhöhung auf 1.54.

Das sind soweit die Fakten. Die Verantwortung für die Situation ist klar bei der FDP und bei der BDP zu suchen, welche mit ihrer Haltung den Könizer Stimmberechtigten Sand in die Augen gestreut haben und von einem klaren Blick auf die katastrophale Situation der Könizer Finanzen abgelenkt haben. Der Gemeinderat hat richtigerweise ein neues Budget 2020 als Vorlage aufgelegt und die Filag-Zahlen aktualisiert, welche jetzt auf der aktuelleren Prognose beruhen. Die SP-Fraktion begrüsst das rasche Vorgehen des Gemeinderats, damit wir rasch ein neues Budget haben und so nur kurz von einem „Shutdown“ der Könizer Verwaltungsarbeit betroffen sein dürften.

Unverändert bleibt in dieser neuen Budgetvorlage das Aufgabenüberprüfungsprogramm (AÜP), welches jetzt ab Budget 2020 zu greifen beginnt. Trotzdem hat sich die Ausgangslage in den Augen der SP klar verändert: Während dem es in der Budgetdebatte vom 16. September gelungen ist, einen historischen Schulterchluss zwischen SP und SVP herzustellen und ein Budget mit Steuererhöhung zu verabschieden, fällt dieser politische Kompromiss nun leider weg. Offenbar ist es den Steuererhöhung befürwortenden Parteien nicht genügend gelungen, der Stimmbevölkerung die Bedeutung dieses Momentums und der Notwendigkeit einer Steuererhöhung darzulegen. Die Grünen haben auch schon auf die Rolle des Gemeinderats hingewiesen und ich denke auch dort kann man das nächste Mal noch mehr machen. Das bedauert die SP-Fraktion ausserordentlich und haltet an dieser Stelle unmissverständlich fest: Die SP und ihre Wähler und Wählerinnen sowie die Mitglieder, wir haben Lei gehalten: Eine kurze Umfrage, welche wir am Machen sind, zeigt klar auf, dass die SP-Mitglieder diese Haltung und diesen Kompromiss mitgetragen haben. Es ist eine höchst interessante Umfrage, welche die Geschäftsleitung der SP-Köniz derzeit am Machen ist, um das weitere Vorgehen innerhalb der SP zu bestimmen.

Aus Sicht der SP-Fraktion ist eines klar: Köniz hat ein strukturelles Defizit mit seinen Finanzen. Die Einnahmen hinken den Ausgaben hinterher und das seit Jahren. Das Könizer Budget bringen wir nicht ins Lot, indem wir hier CHF 10'000 und dort CHF 20'000 wegkürzen. Wir bringen das Könizer Budget auch nicht wieder in die schwarzen Zahlen, indem wir beim Personal verdichten und Ferientage streichen. Selbstverständlich ist es richtig, die Verwaltungstätigkeit immer wieder auf Optimierungspotential anzuschauen. Darum bestreitet die SP auch diejenigen Teile des AÜP nicht, welche genau darauf abzielen. Die Mehrheit der SP-Fraktion ist aber der Meinung, dass die AÜP auch Massnahmen beinhaltet, welche einen unzulässigen Abbau des Service Public beinhaltet und später müssen wir dies mit grosser Wahrscheinlichkeit mit Mehrkosten büssen. Denn wenn wir als Beispiel in der Jugendarbeit eine 80%-Stelle abbauen – und dies ist Teil dieser Aufgabenüberprüfung – dann können die Jugendlichen weniger begleitet und im öffentlichen Raum weniger betreut werden. Und wenn nur einer dieser Jugendlichen später infolge eines loseren sozialen Könizer Netzes in einer betreuten Einrichtung betreut werden muss, dann kann ich euch versichern, dass dies rasch einmal mehrere CHF 10'000 pro Jahr kostet. Unser Vorsteher des DBS kann bestätigen, mit welchen Kosten er in gewissen Situationen betroffen ist. Allerdings ist es dann eine andere Kasse, eine Kasse welche der Kanton zur Hälfte mitfinanziert. Die SP hat schon in ihrem Votum an der September-Sitzung auf all diese Kröten im Könizer Budget hingewiesen, welche sie angesichts des Potentials des Könizer Polit-Kompromisses mit der SVP bereit war zu schlucken. Dazu ist die SP-Fraktion mehrheitlich nicht mehr bereit und hat darum in Absprache mit der Fraktion der Grünen – ihr habt es gehört – einige Anträge zum AÜP auf dem Tisch.

In der SP-Fraktion gibt es aber auch Stimmen, welche dafür plädieren, dass man durch das finanzielle Jammertal jetzt einfach durch muss und die Kröten nicht gleich wieder ausspucken darf. Zuerst müssen wir finanziell gesund, bevor wir weitere Abbaumassnahmen im Service Public verhindern können. Und darum ist es auch aus Sicht dieser Stimmen in der SP wichtig, nun erst die Finanzen ins Lot zu bringen und dann den Service Public wieder zu stärken.

Bezüglich der Zinsschwankungsreserven neigt die SP-Fraktion dazu, diesen im Budget 2020 mehrheitlich zuzustimmen. Die kritischen Stimmen zur Sonderkasse für die Zinsen, die gibt es auch in der SP. Grösser aber ist die Sorge, dass beim Budget 2020 beim Vergleich der Versionen mit Steuererhöhung und ohne Steuererhöhung, nun Äpfel mit Birnen verglichen werden. Denn wenn wir jetzt, im Gegensatz zur Budgetversion 1, die Zinsschwankungsreserven nicht beschliessen, so resultiert ein überraschend kleines Defizit von nur knapp CHF 800'000. Ja, wie bitte sollen wir dies der Könizer Stimmbevölkerung erklären? Da schallt uns doch zu Recht entgegen: „Was ihr wolltet die Steuern erhöhen und habt dies nicht hibekommen und jetzt sieht man ja, dass das Budgetdefizit gar nicht so hoch ist.“ Dass die Budgetversion 1 ein Apfel und die Budgetversion 2 eine Birne ist, das wird dann vermutlich übersehen und ist politisch vermutlich schwierig zu kommunizieren. Darum sagt die SP „ja“ zu einem fairen Budgetvergleich und sagt mehrheitlich auch „ja“ zur Zinsschwankungsreserve.

Fraktionssprecherin Erica Kobel, FDP: Die Ausgangslage wurde bereits mehrfach dargelegt, da möchte ich nicht mehr sehr viel darüber sagen. Auch wir waren natürlich über den hohen Anteil der Nein-Stimmen bei der Budgetabstimmung überrascht und wir gestehen sogar der SP und den Grünen zu, dass sicher auch einige Nein gestimmt haben, weil sie gegen die Sparmassnahmen waren und dort eine Änderung herbeiführen wollten. Aber wir sind ebenso sicher, dass die Mehrheit sehr genau gewusst hat, was sie abstimmt und dass es ein Nein zur Steuererhöhung war und nichts anderes. Und das bezeugen auch die vielen Rückmeldungen, welche wir erhalten haben – sei dies per E-Mail, auf der Strasse oder per Telefon. Aber ich weiss, die Meinungen sind anders und darüber zu diskutieren ist obsolet und beinahe wie Kaffeesatz lesen.

Wir wollen nicht ins Klagelied einstimmen, sondern wir wollen weiter gehen, in die Zukunft schauen und wir wollen weiterhin daran arbeiten. Das Budget wurde abgelehnt und wir verstehen, dass der Gemeinderat so schnell wie möglich ein neues Budget will und wir unterstützen dieses Anliegen im Bewusstsein, dass das, was jetzt vorhanden ist, nicht zu Ende gedacht ist und in diesem Sinn auch nicht sehr viel mehr als eine Zwischenlösung zu einer vertiefteren Auseinandersetzung mit den Tätigkeiten, den Dienstleistungen und den Investitionen der Gemeinde sein kann. Denn dass es in dieser kurzen Zeit keine ernsthaften Diskussionen und Auseinandersetzungen geben konnte, dass ist klar und unter Druck so etwas zu machen, ist auch nicht sinnvoll.

Ein Problem war, dass der Gemeinderat in den letzten Jahren immer sehr stark von seinem Willen und seiner Meinung ausgegangen ist und dass er auch jetzt das Gefühl hatte, dass das Volk ihm blindlings folgt und dass er deshalb nie dazu zu bewegen war, sich einen Plan B zu überlegen. Dass jetzt nun nichts vorliegt, das ist sehr bedauerlich. Natürlich wäre es erstrebenswert gewesen, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, welches aber aus bekannten Gründen in der Kürze der Zeit nicht möglich war. Das liegt auf der Hand. Wir haben an unserer Fraktionssitzung eingehend über die einzelnen Punkte diskutiert und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir das uns vorgelegte Budget trotz Defizit und trotz der nur oberflächlichen Korrekturen, durchwinken werden. Ein Aufknüpfen des Pakets in irgendwelchen Punkten kommt für uns überhaupt nicht in Frage und wir werden logischerweise keinen der Anträge aus dem links-grünen Lager akzeptieren. Das ist für uns eine Art Trotzreaktion, welche nicht wirklich ernst genommen werden kann und zeigt im Gegenzug, wie ernst es gewissen Leuten denn auch wirklich ist, auch von der Gemeinde aus, effektiv etwas zu einer Aufgabenüberprüfung und zu einer effizienteren Verwaltung beizutragen. Man muss an der Gemeinde und an der Verwaltung arbeiten. Und wenn es nach der SP und den Grünen gehen würde, so müssten die Bürgerinnen und Bürger dann mit ihrem Portemonnaies bluten und zwar jetzt mit dieser Steuererhöhung und in einigen Jahren nochmals und dann nochmals wieder in einigen Jahren. Und das können und wollen wir nicht unterstützen. Darum war es so wichtig, dass man den Druck nochmals aufrecht erhält, um nochmals intensiv über die ganze Verwaltung zu diskutieren und zu schauen, was alles noch gemacht werden kann.

Den Antrag der Finanzkommission, was die Wiederaufnahme der Zinsschwankungsreserve angeht, haben wir ebenfalls lange diskutiert. Einerseits spielt es rein buchhalterisch nicht wirklich eine grosse Rolle, ob man diese Zinsschwankungsreserven macht oder nicht. Das Resultat wird beeinflusst, doch im Grunde ist es Geld, welches einfach umgetopft wird. So haben wir auf der einen Seite gesagt, dass uns das entgegen kommt, wenn wir sagen wollen, schaut mal, es war im Grunde gar nicht so schlimm. Schliesslich war dies eine unserer Argumentationen. Auf der anderen Seite haben wir auch diskutiert, dass es vielleicht konsequenter und transparenter wäre und dass es vor allem auch der Vergleichbarkeit dienen könnte, wenn man die Zinsschwankungsreserven tatsächlich auch gewährleisten könnte. In diesem Sinne sind wir nochmals über die Bücher gegangen und können nun sagen, die FDP würde heute die Zinsschwankungsreserve mitunterstützen.

Christian Roth, wir haben uns Gedanken über die Finanzen gemacht und wir nehmen unsere Verantwortung wahr, so wie jede Partei hier drinnen, egal ob sie jetzt auf dem Weg des Nein-Budgets mitgelaufen ist oder nicht. Und wir haben uns Gedanken über die Zukunft der Finanzen gemacht und wir teilen alle die Sorgen, welche heute genannt worden sind. Für uns ist diese Aufgabe noch ganz lange nicht beendet. Ihr werdet es sehen, wir reichen heute Abend eine Motion herum zum Thema Nachkreditanalyse und Beeinflussbarkeit. Das ist ein Schritt des Weges, welchen wir gerne gehen wollen, um ein bisschen mehr Kontrolle und etwas mehr Transparenz zu erhalten.

Fraktionssprecher Reto Zbinden, SVP: Wir sind wieder hier wegen der deutlichen Ablehnung der Steuererhöhung durch das Volk. Auch für uns war vor allem die Deutlichkeit der Ablehnung überraschend, insbesondere auch wenn man das Resultat der Ständeratswahlen vom gleichen Sonntag gesehen hat. Da liegt es sicherlich nicht nur an unseren Wählern, dass diese abgelehnt worden ist.

Ich habe im Vorfeld zur Steuererhöhungsabstimmung sehr viele Gespräche geführt, auch gerade weil wir „ja“ zum Budget 2020 gesagt haben. Und da waren die Gründe eigentlich immer einheitlich die klar zu teuren Bauten und dass zu viel Geld für Sachen ausgegeben werde, welche in den Augen von vielen Künizerinnen und Künizer nicht nötig sind. Wir sprechen dies mit den teuren Bauten seit Jahren immer wieder an, leider bis jetzt ohne Erfolg. Privatpersonen müssen alle auf das Geld schauen und können sich solche Luxusbauten wie wir sie zeitweise bauen, nicht leisten. Ein Vorstoss, welcher diese Situation verbessern soll, ist im Umlauf.

Wir waren erfreut, dass der Gemeinderat so schnell reagiert hat und das Budget rasch wieder genehmigt haben will. Ohne Budget zu arbeiten ist unangenehm und bringt viel administrativen Aufwand. Wir danken darum dem Gemeinderat für diese rasche Reaktion. Wir danken ihm auch für die gute verständliche Dokumentation – kurz und bündig, das gilt es sicherlich zu loben. Wir hoffen auch, dass der Gemeinderat vielleicht auch bei anderen Geschäften so rasch reagieren wird.

Wären wir ohne Budget gestartet, hätte dies grossen administrativen Mehraufwand gebracht, wie ich es schon gesagt habe. Es hätte aber vielleicht auch die Augen geöffnet, was eigentlich wirklich Gemeindeaufgabe und was einfach „nice to have“ ist. Aber aufgrund des administrativen Mehraufwands wünschen wir uns dies nicht. Unser Ziel ist es, dass wir heute Abend ein genehmigtes Budget haben.

Was ist neu am Budget? Nicht viel, es handelt sich dabei vor allem um die Filag-Zahlen. Und dort ist uns vor allem eine Position ins Auge gestochen und das ist der Lastenausgleich Sozialhilfe, welcher in dieser kurzen Zeit erneut enorm ansteigt. Dagegen können wir leider nichts machen, aber ich appelliere hier an alle Kantonspolitiker, welche hier vertreten sind, dass dort diese Situation verbessert werden sollte. Wir arbeiten in diesem Bereich gut und werden trotzdem immer wieder durch Gemeinden bestraft, welche weniger gut arbeiten. Das ist unbefriedigend.

Als nächstes haben wir den Antrag der Finanzkommission für eine Einlage in die Zinsschwankungsreserve. Die Jungen wurden ein Stück weit bereits mit der Ablehnung der Steuererhöhung bestraft und dürfen nicht nochmals bestraft werden. Die aktuelle Zinssituation ist weiterhin nicht normal resp. sie ist künstlich und politisch durch die EU erzeugt. Aufgrund der guten Wirtschaftslage der letzten Jahre müssten die Zinsen an ganz einem anderen Ort sein und weil auch die politische Lage in vielen EU-Staaten instabiler geworden ist, kann das durchaus auch einmal zu einer Änderung der Zinssituation führen. So klein ist dieses Risiko nicht und dieses müssen wir unbedingt absichern, damit wir etwas Geld auf der Seite haben, wenn die Zinsen dann wirklich wieder einmal ansteigen. Wir müssen in den nächsten Jahren sehr viel Geld für die Investitionen aufnehmen, welche wir zu tätigen haben und diese müssen wir irgendwie absichern, das ist wirklich wichtig. Ausserdem wäre das Streichen der Zinsschwankungsreserve eine Budgetbeschönigung und der Grossteil der Bevölkerung würde dies wohl nicht verstehen. Weiter ist es auch wichtig, dass wenn wir dieses Instrument der Zinsschwankungsreserve haben - welches wie gesagt, sehr wichtig ist – dass wir dieses kohärent machen, also alle Jahre einlegen und nicht einmal einlegen und dann wieder nicht. Das wäre nicht nachhaltig. Das Geld ist schlussendlich für unsere Jungen auf der Seite und ich bitte insbesondere auch alle U40 Parlamentarier und auch die Jungparteien, dieser Einlage zuzustimmen.

Dann haben wir noch Abänderungsanträge auf dem Tisch: Wir wollen das Sparpaket grundsätzlich nicht nochmals aufschneiden. Es gibt einzelne Massnahmen, welche in unserer Fraktion intensiv diskutiert worden sind und ein Teil der Fraktion ist auch der Ansicht, dass hier am falschen Ort gespart wird. Ich spreche hier insbesondere MidnightSports an. Ich habe bereits vergangene Woche gesagt, dass ein so beliebtes Angebot mehr Nutzen als ein leerer Jugendtreff bringt. Nach meinem Wissensstand kommt hier an einer späteren Sitzung noch ein Antrag des Jugendparlaments und ich bitte den zuständigen Gemeinderat, diesen Entscheid nochmals zu überdenken und diese CHF 12'000 an einem anderen Ort einzusparen. Das liegt in der Kompetenz des Gemeinderats und dies würde er am besten noch machen bevor der erwähnte Vorstoss im Parlament beraten wird. Wir sehen es so wie der Gemeinderat: Das „Nein“ des Volkes ist ein Sparauftrag und darum können wir nicht noch zusätzlichen Ausgaben zustimmen.

Wir werden daher dem Finanzkommissionsantrag zur Zinsschwankungsreserve zustimmen, die Abänderungsanträge zum Budget ablehnen und dem Budget grundsätzlich zustimmen. Wir behalten uns aber vor, je nach Ablauf der Debatte und der Abstimmungen heute Abend, das Budget schlussendlich auch abzulehnen.

Fraktionssprecher Mitte-Fraktion, Casimir von Arx, glp: Heute Abend geht es in erster Linie um das Budget 2020, doch wie wir gehört haben, wird dieses Budget leider die Finanzprobleme unserer Gemeinde nicht lösen und darum müssen wir auch bereits schon einen Blick über das Budget hinaus machen. Ich werde zu beiden Themen aus Sicht der Mitte-Fraktion sprechen.

Wir sind wie der Gemeinderat der Meinung, dass für das Jahr 2020 keine weitere Steuererhöhung beantragt werden sollte. Das Volk hat dies vor drei Wochen abgelehnt und wir müssen nun zuerst über die Bücher, bevor es dann allenfalls wieder eine Abstimmung geben wird.

Der Einlage in die Zinsschwankungsreserve stimmen wir zu. Auch wir wollen keine Budgetbeschönigung betreiben und im ungünstigsten Fall noch den Eindruck erwecken, es gehe jetzt einfach problemlos mit den Könizer Finanzen weiter, obwohl die Steuererhöhung abgelehnt worden ist. Dass wir so etwas schneller auf einen Bilanzfehlbetrag zusteuern - es ist eben nicht nur buchhalterisch wie erwähnt worden ist - ist zu bedauern, aber in Kauf zu nehmen.

Zu den Anträgen der Grünen und der SP: Wir können nachvollziehen, dass ihr diese Anträge stellt. Die Grünen haben ja bereits im September Anträge zur Anpassung der Aufgabenüberprüfung gestellt und auch die SP hat die unveränderte Aufgabenüberprüfung nur im Gegenzug zur Steuererhöhung mitgetragen. An dieser Stelle eine kleine Bemerkung in Richtung FDP: Vielleicht sollte sich die FDP etwas in Zurückhaltung üben, bevor sie anderen Parteien vorwirft, die Aufgabenüberprüfung aufzuschnüren. So hat die FDP doch selber einen Antrag für den unnötigen Verbleib in der Teilkonferenz Wirtschaft gestellt, welcher dann unter anderem notabene an einer stringenten Finanzpolitik der SP-Mehrheit gescheitert ist – und natürlich auch von der Mitte und von der SVP. Kommen wir zurück: Jetzt wo die Steuererhöhung abgelehnt worden ist, verstehen wir, dass dadurch aus eurer Perspektive ein anderes Gesamtbild entsteht. In der Mitte-Fraktion haben wir uns aber anders entschieden, denn wir wollen das Paket grundsätzlich nicht mehr aufschnüren. Unser Ziel waren nachhaltige Finanzen für die Gemeinde Köniz und wir haben darum zusammen mit der SVP und der FDP eine Aufgabenüberprüfung gefordert und dieses Ziel hat sich durch das Abstimmungsergebnis nicht geändert. Ausserdem ist es eine Tatsache, dass der Spardruck durch den Volksentscheid nicht abgenommen hat. Wir lehnen daher alle Anträge grossmehrheitlich oder einstimmig ab.

Auch wir rufen aber wie die SVP, den Gemeinderat dazu auf, auf die Streichung von MidnightSports zu verzichten und die CHF 12'000 woanders zu kompensieren. Die Ablehnung der Steuererhöhung trifft vor allem Kinder und Jugendliche und auch die Streichung von MidnightSports geht zu deren Lasten. Wenn wir nun heute im Parlament das Instrument einer Planungserklärung bereits hätten, dann würden wir eine Planungserklärung stellen, um den Gemeinderat aufzufordern, die Streichung von MidnightSports budgetneutral durch etwas anderes zu ersetzen. Der Gemeinderat hat diesen Spielraum und sonst sprechen wir nochmals darüber, wenn die Motion aus dem Jugendparlament ins Parlament kommt. Dem Budget mit Defizit stimmen wir zu.

Wie soll es jetzt weitergehen? Wir müssen zusammen Bausteine für eine neue Lösung finden. Ich freue mich, dass wir heute einen breit abgestützten Vorstoss einreichen können, mit welchem das Parlament gemeinsam mit dem Gemeinderat zusammen unter anderem das Sparpotential im Hoch- und Tiefbau ausloten kann, welches Reto Zbinden erwähnt hat. Die Absicht, diesen Vorstoss einzureichen hat schon vor der Volksabstimmung bestanden. Das gleiche gilt für weitere Massnahmen, wie die Schaffung einer effizienteren Spez-Sek-Lösung und die Aufhebung der Spez-Sek Lerbermatt sowie der Verzicht auf unnötige und überdimensionierte Verkehrsanlagen in Kleinwabern, welche viel zu teuer sind, für das was sie bringen. Hier werden wir unser Engagement intensivieren. All das sind Bausteine einer Lösung. Aber um CHF 3 Mio. pro Jahr in einer Erfolgsrechnung kompensieren zu können, braucht es mehr als das. Wir müssen daher auch über Anpassungen der Investitionsplanung sprechen. Vom Gemeinderat erwarten wir eine Auslegeordnung, welche Investitionen aus seiner Sicht am wenigsten wichtig sind und welche man verschieben kann. Erst mit dieser Auslegeordnung zeigt sich, welcher Spielraum für vertretbare Sparmassnahmen dort noch besteht.

Ich komme vom Grossen zum Kleinen: Die Mitte-Fraktion will keine weiteren Sparmassnahmen von der Sorte MidnightSports, also Massnahmen, welche im Grund niemand hier will und mit welchen wir trotzdem auf keinen grünen Zweig kommen. Wir könnten zum Beispiel noch das Geld für den Gurten-Schlittelweg streichen und CHF 5'000 sparen, aber ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass es der Wunsch der Bevölkerung ist, dass man mit solchen Nadelstichen auf CHF 3 Mio. kommt. Gute Vorschläge sind aber natürlich willkommen, auch wenn sie nur kleine Ersparnisse bringen. Wir raten dem Gemeinderat hierfür auch wieder das Wissen der Verwaltung zu nutzen und nicht nur Top-Down zu arbeiten, wie dies bei der letzten Aufgabenüberprüfung der Fall war. Die Möglichkeit, die Liegenschaftssteuer in Parlamentskompetenz zu erhöhen, haben wir im Sinne einer Notbremse zur Kenntnis genommen. Was man damit machen kann, könnte davon abhängen, wie tief wir nun in den Giftschränk hineingreifen müssen, um ohne Steuererhöhung durchkommen zu können. Im Giftschränk befinden sich zum Beispiel die Verzögerung oder gar der Verzicht auf offensichtlich notwendige Investitionen. Wir wollen keinen neuen Investitionsstau. Wir wollen auch nicht, dass Sanierungen so lange aufgeschoben werden, bis es am Schluss mehr kostet, als wenn man es gerade von Beginn an ausgeführt hätte.

Arlette Münger, SP: Christian Roth hat es bereits angetönt: Es gibt eine Minderheit in der SP-Fraktion, welche das Massnahmenpaket nicht aufschnüren will. Ich möchte unsere Gründe hierzu kurz darlegen:

1. Es ist unglaublich, wenn wir die Steuererhöhung damit begründet haben, dass wir so ein Defizit verhindern wollen. Und jetzt, wo die Steuererhöhung abgelehnt wurde, erhöhen wir frischfröhlich das Defizit, anstatt den Gürtel enger zu schnallen. Damit geben wir all jenen Recht, welche sagen, dass die Linken gerne fremdes Geld ausgeben. Wir können immer noch nicht nachvollziehen, was daran sozial sein soll, wenn das Defizit weiter vergrössert wird.
2. Ein Defizit geht zu Lasten der kommenden Generationen. Wenn wir das Defizit im Budget 2020 erhöhen, schrumpft der Bilanzüberschuss. Fahren wir noch ein, zwei Jahre so weiter, dann ist der Überschuss ganz weg. Es macht doch keinen Sinn, jetzt so zu tun, als würden wir dies nicht sehen? Wenn die Gemeinde dann mal damit beginnen muss, den Bilanzfehlbetrag auszugleichen, dann werden die Kürzungen noch massiver sein. Das jetzt einfach so in Kauf zu nehmen, ist verantwortungslos.
3. Das Massnahmenpaket ist ein Kompromiss. Davon profitiert keine Partei. Da müssen alle Parteien Federn lassen. Die SP hat dies im September so kommuniziert und daran hat sich aus unserer Sicht auch nichts geändert. Und darum lehnen wir alle Anträge der SP ab.
4. Natürlich ist es sehr schmerzhaft, dass MidnightSports und Easyvote aus dem Budget 2020 gestrichen werden. Trotzdem werden wir auch diesem Antrag der SP nicht zustimmen. Es ist der falsche Weg. Aber: Es heisst zwar, „Aus den Augen, aus dem Sinn“, doch das heisst nicht, „Aus dem Budget 2020 aus dem Sinn“. Das Jugendparlament hat den richtigen Weg bereits aufgegleist und will mit einer Motion und einer Petition erreichen, dass der Gemeinderat MidnightSports nicht kürzt, sondern anderweitig selber kompensiert und so langfristig sichert. Wir von der Minderheit der SP-Fraktion werden alles dafür tun, damit wir auf diesem Weg, nämlich via Kompensation, MidnightSports sichern können. Und ich rufe das Parlament dazu auf uns dabei zu unterstützen.

Iris Widmer, Grüne: Ich möchte gerne etwas zum Votum von Erica Kobel sagen: Unsere Anträge haben nichts damit zu tun, dass wir keine effiziente Verwaltung befürworten und dass wir auch nicht finden, dass es Sinn macht, regelmässig eine Aufgabenüberprüfung durchzuführen, aber diese Massnahmen, gegen welche wir hier Anträge stellen, haben nichts mit Effizienzsteigerung zu tun, sondern mit Abbau. Und das ist ein Abbau, welchen wir nicht wollen.

Wir teilen die Auffassung von Casimir von Arx und von Christian Roth, welche vorher erläutert worden sind: Die Aufgabenüberprüfung umfasst Beträge im homöopathischen Bereich, sind wir ehrlich. CHF 5'000 Schlittelweg, solche Beträge wiegen niemals die Defizite und das strukturelle Finanzproblem, welches Köniz hat, auf, sondern sie haben einen schlechten Einfluss auf die Attraktivität der Gemeinde Köniz und betrifft viele Sachen, welche den Könizer und Könizerinnen lieb ist. Wir kommen da später ja noch dazu.

Unser oder mein persönlicher Eindruck ist, dass man dem Gemeinderat mit dieser Aufgabenüberprüfung mehr ein Bekenntnis zum Sparen abringen wollte und der Glaube an das Sparen, diesen teile ich nicht.

Christian Roth, SP: Wer schon Freude hat, dass die SP hier jetzt ihre unterschiedlichen Positionen öffentlich diskutiert, hat sich getäuscht. Ich sage selbstverständlich nichts mehr zu unserer Diskussion, welche wir geführt haben. Doch es scheint mir schon noch zwei, drei Sachen zu geben, welche wir noch sagen müssen: Liegenschaftssteuer – ich habe zuvor nichts dazu gesagt – die SP hat diese Frage auch diskutiert. Wir haben keinen Antrag gestellt, denn wir teilen die Meinung der Finanzkommission grundsätzlich. Aber die SP diskutiert schon längere Zeit, dass man die Frage der Einnahmenseite gerade auch bei den Liegenschaftssteuern auf jeden Fall ins Blickfeld nehmen muss. Und ich will es noch gesagt haben, dass dies durchaus etwas ist, für welches die SP grosse Sympathien hat, wenn der Zeitpunkt dazu gekommen ist.

Dann noch kurz zu Reto Zbinden: Das kann ich als Mitarbeiter eines Sozialdienstes nicht in Köniz sagen, der Lastenausgleich ist nicht eine Bestrafung und ob Köniz besser arbeitet als andere Gemeinden das steht hier nicht zur Diskussion. Das ist eine Frage der Solidarität. Der Lastenausgleich ist ein sehr wertvolles Mecchano, welches dafür sorgt, dass Gemeinden, welche entsprechend höhere Soziallasten zu tragen haben, dort eben auch unterstützt werden, von jenen, welche zufälligerweise etwas weniger hohe Risiken haben, sage ich nun etwas salopp. Unterschätzt dieses Instrument nicht.

Da geht es nicht darum, die Gemeinden, welche über die Stränge schlagen, zu bestrafen und wenn, dann ist dies Aufgabe des Kantons, da gibt es nämlich die Gesundheits- und Fürsorgedirektion unter der Führung eines Mitgliedes der SVP, welches dafür zu sorgen hat, dass das korrekt passiert.

Vielleicht noch zum Schluss: Ich will auch von Seiten der SP bestätigen, dass es richtig ist, dass der Gemeinderat eine Investitionsplanung macht. Das muss er machen, das ist in seiner Verantwortung. Aber diese birgt die grosse Gefahr, von der sich wieder auftürmenden Bugwelle. Und Casimir von Arx hat es gesagt, mit dieser Bugwelle hat Köniz schon sehr viel Erfahrung und es ist Teil der Ursache unseres strukturellen Defizits. Ich bitte den Gemeinderat daher inständig, dort alles Mögliche zu tun, damit wir nicht wieder eine Bugwelle – welche wir übrigens immer noch haben, wir sind diese immer noch am Abtragen – dass diese nicht wieder dermassen gross wird, so dass wir, wenn wir aus dieser Finanzkrise draussen sind, in zehn Jahren diese Bugwelle immer noch haben werden. Von daher, auch seitens der SP möchte ich nochmals davor warnen, dass man die Investitionen jetzt zu stark zurückfährt, denn dies würde uns danach, sehr grosse Bauchschmerzen verursachen.

Gemeindepräsidentin, Annemarie Berlinger: Vielen Dank für diese Voten. Ich stelle fest, dass die Behandlung des Budgets bereits schon im Dezember auf Zustimmung stösst. Da bin ich froh, dass man erkannt hat, dass wenn ohne Budget in ein neues Jahr gestartet wird, dies keine gute Situation für eine Gemeinde ist.

Wie das Budget vorliegt, da seid ihr euch ja nicht mehr ganz so einig wie *dass* es vorliegt. Und hier möchte ich gerne zwei, drei Sachen dazu sagen: Der Gemeinderat hat sich entschieden, die Aufgabenüberprüfungsmassnahmen genauso drinnen zu lassen, wie sie es im September waren. Das hat verschiedene Gründe. Ich würde sagen, der Hauptgrund ist, dass es ein Auftrag des Parlaments war. Ihr erinnert euch, dass es sich hierbei um eine überwiesene Motion handelte, in den nächsten drei Jahren mindestens CHF 2.5 Mio. einzusparen. Und das haben wir gemacht und das war kein freudiger Prozess, weder für uns noch für euch noch für die gesamte Bevölkerung, welche dies jetzt spürt. Ich möchte aber auch sagen, dass dies weder ein Kahlschlag noch homöopathische Dosen sind. Da hat es wohlüberlegte Massnahmen darin, da hat es Massnahmen, bei welchen sich immer jemand finden lässt, welcher mit diesen nicht einverstanden ist. Und dort ist es mir wichtig, dass man dies als gesamtes Paket anschaut. Und auch wenn ihr mit der einen oder anderen Massnahme nicht einverstanden seid, so denkt doch auch daran, dass es anderen bei anderen Massnahmen auch so geht. Wir haben hier eine Verantwortung. Wir haben das strukturelle Defizit in dieser Erfolgsrechnung und mit diesen Massnahmen, welche wir hier vorlegen, welche wir nicht aufschnüren wollen, schaffen wir es immerhin, im 2020 CHF 1.7 Mio. weniger auszugeben. So viel dazu, warum das Budget weiterhin mit der Aufgabenüberprüfung kommt, obwohl dies ja nur ein Teil des Kompromisses war, welchen wir mit euch im September finden konnten.

Und es ist wirklich nicht so, dass sich der Gemeinderat in den vergangenen Jahren nichts überlegt hat. Die Finanzen waren immer schon ein Thema, ich erinnere an verschiedene Anläufe, welche man im Parlament genommen hat, ich erinnere an verschiedene Aufgabenüberprüfungen, man hat diesen nur nicht immer so gesagt, welche man gemacht hat. Ich glaube es ist nicht der Fall, dass man sagen könnte, der Gemeinderat sei hier etwas blind unterwegs. Aber ich glaube, dies war nach einer Abstimmung, bei welcher eine Mehrheit im Parlament verloren hat, fast zu erwarten gewesen. Die Schuldfrage muss geklärt werden und so unterschiedlich die Meinungen zum Budget waren, so unterschiedlich sind dann auch die Meinungen, wer hier nun die Schuld trägt oder nicht. Ich glaube es ist müssig, wenn wir dies hier noch lange diskutieren. Es geht mir wirklich mehr darum nach vorne zu schauen und da geht es auch darum, weiter als nur bis zum Budget 2020 zu schauen. Von daher bin ich froh, wenn wir dies hier relativ rasch erledigen können. Der Fokus muss auf der Zukunft liegen, auf dem Budget 2021 als nächstes, dann aber auch noch auf den folgenden Jahren. Und dort hat der Gemeinderat ja bereits angekündigt, dass wir als erstes unsere Finanzstrategie überprüfen werden, danach werden wir schauen, wo die Investitionen sind. Und dort sind wir schnell wieder in der Diskussion und es ist nicht so einfach, eine Mehrheit zu finden, auf was man verzichten oder was man verschieben soll. Und da bin ich auf die Diskussionen mit euch gespannt, denn es ist unbestritten, so wie es im Moment eingestellt ist, werden wir dies kaum alles realisieren können. Da werden wohl noch einige Diskussionen auf uns zukommen. Ich glaube, es ist auch gut, dass wir diese Diskussionen führen können, denn es ist mein grundsätzliches Verständnis von der Finanzpolitik: Wir haben so viel zur Verfügung und mit dem müssen wir einfach sorgfältig umgehen.

Da möchte ich noch schnell in Richtung FDP sagen: Es ist nach meinem Verständnis nicht so, dass sich die Verwaltung einfach beschäftigt, damit sie etwas zu tun hat, sondern die Aufgabe der Verwaltung ist, den Bürgerinnen und Bürgern zu dienen – dieses Wort ist in „Dienstleistungen“ auch enthalten – und dort werden wir sicherlich auch weiterhin zusammen arbeiten müssen und dann wieder zukünftige Kompromisse finden. Aber da bin ich zuversichtlich, denn im September konnten wir dies mit euch ja auch erreichen und zukünftige Kompromisse für das Budget 2021 sind hier sicherlich auch wieder gefragt.

Noch schnell noch etwas zur Zinsschwankungsreserve, bei welcher der Gemeinderat ja vorschlägt, dass man diese entgegen der Vorlage im September nicht tätigt. Dort möchte ich darauf hinweisen, dass im Reglement steht, dass dies das Parlament *in der Regel* macht. Das bedeutet auch, dass man dies nicht jedes Jahr machen muss. Ich glaube hier geht es darum, immer wieder abzuwägen, was läuft und wie die Landschaft aussieht und der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass sich die Landschaft beim Zinsniveau nicht verändert hat, da sind wir noch gleich unterwegs wie im September, aber mit der jetzigen finanziellen Ausgangslage ohne die zusätzlichen Einnahmen bei den Steuern, wird es beim Bilanzüberschuss doch langsam etwas eng. Ihr seht dies, das wurde auch im Antrag ausgeführt und es ist ja schon so, dass diese Zinsschwankungsreserve immer noch in der Kasse der Gemeinde ist, sie ist dann einfach an einem Ort parkiert, wo wir diese nur noch gebunden herausholen können. Der Gemeinderat war der Auffassung, dass es unter den gegebenen Voraussetzungen, zu vertreten ist, wenn diese Einlage nicht gemacht wird.

Das ist alles, was ich im Moment zur allgemeinen Diskussion sagen wollte.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Dann kommen wir jetzt zum zweiten Teil der Diskussion, zur Detailberatung. Wir gehen hier anhand des 8-stelligen Kontoplans durch das Budget. Dieser beginnt auf Seite 43 und ich bitte euch, wenn ihr Anträge zu diesem Kontoplan habt, nach vorne zu kommen und diese zu erläutern. Ihr könnt euch dazu auch an der Tischvorlage ausrichten, dort sind ja alle Änderungsanträge gemäss den Konten aufgeführt und diese sind so strukturiert, dass sie aufwärtsgehend von der Kontonummer abgehandelt werden können und dementsprechend an die Reihe kommen, wenn die entsprechende Direktion dran ist. Falls ihr zusätzliche Anträge habt, dann müssten wir diese schriftlich haben.

Direktion Gesundheit und Soziales

David Müller, Junge Grüne: Um was geht es heute? Es geht heute nicht nur um Finanzen. Es geht auch um konkrete Leistungen. Um was geht es? Es geht um Kinder, welche in einer Halle herumrennen, es geht um Kinder, Schülerinnen und Schüler, welche an einem Turnier, einem Ball nachrennen. Auch ich habe mehrmals in der Gemeinde Köniz an solchen Schülerturnieren teilnehmen dürfen und habe so auch diesen grossen Mehrwert geniessen dürfen. Die Grüne-Fraktion stellt darum gemeinsam mit der SP die zwei Anträge, im Budget 2020 einen zusätzlichen Betrag von CHF 12'000 für das Projekt MidnightSports aufzunehmen. Genauso wie auch ein zusätzlicher Betrag von CHF 25'000 für den freiwilligen Schulsport.

Noch zur Begründung warum: Ich habe es am Anfang bereits angetönt, der Schulsport dient den Könizer Schülerinnen und Schüler als wichtiges Angebot mit einer tiefen Einstiegshürde um verschiedenste Sportarten kennenlernen zu können. Das Angebot steigert die Attraktivität von Köniz, aber es dient auch den Könizer Vereinen als Nachwuchsförderung, um neue Mitglieder, Kinder und Jugendliche gewinnen zu können. Und neben den gesundheitlichen Vorteilen, welche allen bekannt sind, ist es auch für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, welche Sport machen, ein sehr wichtiges Angebot. Ich denke zusätzlich zu all den Gründen, welche ich schon genannt habe, gilt beim MidnightSports zusätzlich noch, dass dort wirklich die Jungen und damit das Jugendparlament aktiv geworden sind und ein deutliches Zeichen gesetzt haben, dass hier am falschen Ort gespart würde. Darum bitte ich euch, die beiden Anträge der Grünen und der SP zu unterstützen und damit auch die Könizer Jugendlichen bzw. den Sport in Köniz zu unterstützen.

Simon Stocker, Junge Grüne: Ich werde auch gleich zwei Voten gleichzeitig halten: Beim einen geht es um Easyvote und beim anderen um die Kürzung der Beiträge für die Kinder- und Jugendarbeit. Doch vor meinem Votum möchte ich noch kurz auf ein Votum von vorher zurückkommen: Ich glaube eine Trotzreaktion ist das nicht, dass wir jetzt das Päckli wieder aufschnüren wollen, dass sehe ich nicht so. Ich könnte auch auf der anderen Seite eine Trotzreaktion sehen, dass man das jetzt um jeden Preis durchbringen möchte.

Es hat schon Leute hier drinnen, welche von Nadelstichen gesprochen haben: Es gibt eine Metallkugel mit gewissen Nadeln, welche man heute Abend noch beseitigen könnte und diese heute Abend per se einfach abzulehnen, das ist auch etwas trotzig.

Aber ich komme zu meinem Votum: Längerfristige Mehrausgaben oder jetzt etwas Kleines ausgeben, was längerfristig auf verschiedenen Ebenen wirken könnte und sich auch finanziell lohnt. Das sind die zwei Optionen, welche wir haben, wenn es um die Streichung des easyvote und um die Beiträge der Kinder- und Jugendarbeit geht. Schon im September stand ich hier oben und habe einschlägige Gründe genannt, warum wir das easyvote in der Gemeinde Köniz weiterhin versenden sollten. Die Gründe haben sich seither nicht geändert, ich möchte heute aber noch etwas mehr auf das Finanzielle eingehen. Und zwar ist mir wichtig, dass wir hier vor lauter Spardruck nicht den Kopf in den Sand stecken und quasi kopflos winzige Beiträge streichen. Es geht hier um CHF 14'000, nicht um den 80fachen Betrag, welchen wir in die Zinsschwankungsreserve einlagern wollen. Ein politisches Infoblatt in die meisten Haushaltungen zu verschicken, ist nicht nur ein wichtiges demokratisches Mittel, sondern auch eine Super-Werbung für die Gemeinde. Mit wenig finanziellem Aufwand die Attraktivität der Gemeinde zu unterstützen und gleichzeitig Werbung zu verschicken, das klingt für mich nach einem guten Deal. Das Zielpublikum ist nicht nur eine kleine Gruppe, sondern ein Grossteil der Haushaltungen, welche direkt von diesem Angebot profitieren können. Dass sich solche wirkungsvollen, aber kleine Werbeausgaben längerfristig lohnen, sollten auch die geschäftigen Sparfüchse hier einsehen. Dazu kommt, dass die Gemeinde Köniz auch in Zukunft interessierte und politisch aktive Leute braucht. Die Stimmbeteiligung ist schon heute nicht rosig und die wird nicht besser, wenn in Zukunft nur noch ein langes, kompliziertes und trockenes Vorlagebüchlein nach Hause geschickt wird.

Ich komme zu den CHF 40'000 mehr für die offene Kinder- und Jugendarbeit: „Berufswahl, Jobsuche, Suchtmittel, Gesundheit, Liebeskummer, Schulstress, Langeweile usw. zu all diesen Fragen bieten wir Informationen, Beratungen und Unterstützung“. Das bietet nicht ich an, sondern dies steht auf der Homepage der Jugendarbeit. Wer hier denkt, dass Jugendarbeit so etwas wie Wohlfühlaktivität für Junge sei, welche man problemlos ohne Konsequenzen wegsparen kann, täuscht sich. Kinder und Jugendliche werden in einem entscheidenden Lebensabschnitt unterstützt. Jugenddepressionen, Drogenkonsum und Probleme bei der Jobsuche sind nicht seltene Probleme in diesem Alter. Wenn nur eine Person vom juk-Angebot profitiert und darum später keine Sozialhilfe beziehen muss, dann haben sich diese CHF 40'000 bereits wieder gelohnt. Dass ein gutes Kinder- und Jugendangebot ein wichtiges Kriterium für Familien bei der Wohnlagesuche ist und damit auch indirekt Einfluss auf die Steuereinnahmen hat, ist hier noch gar nicht eingerechnet. Es ist eine absolut unkluge Sparmassnahme, welche nichts weiter ausser längerfristig Kosten produziert. Bei diesem ganzen finanziellen Aspekt darf man auch nicht vergessen, dass die Jugend doch einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung ausmacht und bereits durch die abgelehnte Steuererhöhung in Zukunft wird leiden müssen. Die Jugendarbeit bietet eine soziale Plattform, welche für alle zugänglich ist und wo sich Jugendliche mit diversem Hintergrund austauschen können. Sie trägt also auch wesentlich zur Integration bei.

Zusammengefasst: Die Streichung von easyvote und die Beiträge an das juk sind kleine Nadelstiche, welche wir hier ohne weiteres beseitigen könnten und welche das Budget nicht gross verändern würden. Ich bitte euch, die beiden Anträge der SP und der Grünen zu unterstützen.

Franziska Adam, SP: Ich halte das Votum gegen das Sparen im Schulsport: Der Könizer Schulsport ist eine Erfolgsgeschichte. Unzählige Kinder haben auf der Eisbahn Schwarzwasser Schlittschuhfahren und Eishockey zu spielen gelernt. Im Handball haben sie die ersten Goals geschossen, im Unihockey haben sie vielleicht ihre Floorballkarriere gestartet oder im Volleyball die ersten Anspiele geübt. Der Schulsport ist ein Zuspringer zu diesen Vereinen und auch zu diesem Erfolg. Kinder haben mit Schulsport begonnen und sind dann in die Vereine gewechselt. Die moderaten Preise können sich auch Familien mit einem kleinen Budget leisten. Der Schulsport ist ein niederschwelliges Angebot für alle Schülerinnen und Schüler um verschiedene Sportarten kennen zu lernen und sich auch aktiv in den Ferien zu beschäftigen. Und hier soll nun gespart werden? Das ist für die Mehrheit der SP unverständlich. In der heutigen Zeit, in welcher klar erwiesen ist, dass Kinder, welche sich zu wenig bewegen, gesundheitlich vermehrt angeschlagen sind, dass Sport eine gute Prävention für verschiedenste Suchtverhalten ist und dass die Jugendlichen nicht herumlungern, wenn sie Sport betreiben.

Die Folgen dieser Sparmassnahmen sind bereits sichtbar. Im Jahr 2020 werden zwei Skisportlager und Snowboardlager gestrichen. Das heisst Kinder, welche nicht mit den Eltern in die Skiferien können, haben weniger Möglichkeiten, Skisport zu betreiben. Und das sind notabene oft Kinder aus sozial schwächeren Familien. Beim Judokai wird die Beteiligung an den Raummietkosten gestrichen. Wahrscheinlich bedeutet dies, dass die Beiträge erhöht werden oder es weniger Kurse geben wird. Ich kenne Kinder, vor allem Jungen, welche oft überschüssige Energie hatten und den Unterricht störten.

Diese sind dann in diese Judokai-Kurse, wo sie diese Energie kontrolliert ableiten konnten. Die Sparmassnahmen haben auch wieder Folgen: Der Schulunterricht wird vermehrt gestört und Lehrer und Lehrerinnen sind mit disziplinarischen Problemen gefordert und das wirkt sich wiederum auf die Leistungen der Kinder aus. Und als dritte Sparmassnahme wird die Anstellung der Schulsportleitung reduziert. Was heisst dies? Werden nun weniger Schulsportanlässe wie beispielsweise die Volleyball-Schülermeisterschaft durchgeführt? Dazu eine Zahl: Im März 2018 haben 57 Könizer Teams und 300 Jugendliche an dieser Schülermeisterschaft teilgenommen. Seid ihr schon mal an diesen Anlässen gewesen? Es wimmelt von Kindern, die Stimmung ist laut und gut. Begeistertes Jubeln, anfeuern und zufriedene Gesichter. Herr Cordey, als Leiter Schulsport, organisiert diese Anlässe, sucht Schiedsrichter, nimmt mit den Lehrpersonen Kontakt auf und schaut, dass die Hallen frei sind. Jetzt hat er sogar noch einen Preis gewonnen. Die Frage ist, ob mit diesem tieferen Pensum, solche Anlässe überhaupt noch organisierbar sind oder wo dann gespart wird?

Die letzte Massnahme ist die Erhöhung der Elternbeiträge um CHF 5 auf CHF 50 für die Semesterkurse. Diese ist meiner Meinung nach tragbar. Aber alle anderen Massnahmen sind kontraproduktiv und schwächen einen gut funktionierenden Schulsport, welcher vielen Kindern und Jugendlichen tolle Erlebnisse, Kontakte und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung bietet. Die Mehrheit der SP und auch die Grünen stellen deshalb den Antrag, dass im Budget 2020 ein zusätzlicher Beitrag von CHF 25'000 aufgenommen wird, damit diese Massnahmen der Aufgabenüberprüfung oder eben Sparmassnahmen statt CHF 50'000 nur noch CHF 25'000 im Schulsport betragen.

Beat Biedermann trifft ein. Es sind 40 Parlamentsmitglieder anwesend.

Ruedi Lüthi, SP: Ich möchte etwas zu easyvote sagen: Wie Reto Zbinden zuvor schon gesagt hat, ist es sicher auch wichtig, dass man die unter 40jährigen oder sogar unter 30jährigen berücksichtigt und die Gemeinde Köniz muss auch in Zukunft attraktiv sein. Wir können der nächsten Generation keine Schulden überlassen, aber wir müssen auch investieren, sei dies in Gebäude oder eben dass auch weiterhin Leute mitmachen. Sei dies in der Politik oder in der freiwilligen Arbeit. Easyvote ist aus dem Grund entstanden, weil man den jungen Leuten die Politik etwas näher bringen wollte, so dass auch in Zukunft in der Gemeinde Köniz attraktive Politik gemacht wird und die Leute eingebunden werden. Es geht hier um CHF 14'000 und in der jetzigen Situation können wir uns dies also gut leisten, denn wir müssen wirklich auch für die nächste Generation schauen und wir brauchen auch in der nächsten Generation motivierte Leute. Es wäre ein Fehler, wenn man nur zurückschauen und sagen würde, um keinen Preis schulden machen und dabei nicht in die Zukunft investieren würde. Darum beantragen die Grünen, aber auch ein Teil der SP, dass man diese CHF 14'000 nicht streicht.

Iris Widmer, Grüne: Ich komme um den Antrag, welchen wir bereits im September zur Villa Bernau gestellt haben, nochmals zu stellen: Die lebendigen Quartierzentren tragen zu einer Vernetzung und zu einem Austausch der Bevölkerung bei. Sie tragen mit ihrem vielfältigen Angebot ihren Teil zu einem funktionierenden Gemeinwesen bei. Gegenüber unserem Antrag im September verlangen wir lediglich CHF 15'000 statt CHF 25'000. Dies darum, weil die Villa ihr Budget bereits angepasst hat, um sich auf die neue Situation einzustellen. Zum Beispiel hat sie ihre Mitgliederbeiträge erhöht. Dass diese Erhöhung zu Austritten führt, weil der Beitrag zu hoch erscheint, ist nicht auszuschliessen. Mit diesen CHF 15'000 sollen der Villa Bernau eine gewisse Sicherheit zurückgegeben werden. Gegen die Kürzung des Gemeindebeitrages ist eine Petition gestartet worden und innert kurzer Zeit sind knapp 2'000 Unterschriften gesammelt worden. Das zeigt das grosse Bedürfnis und die breite Verankerung dieser Institution in der Bevölkerung und wir würden hier im Parlament gut daran tun, das zu anerkennen und mitzutragen.

Tanja Bauer, SP: All diesen Anträgen ist es gemein, dass es extrem kleine Beiträge sind, wenn man diese im Verhältnis zum Budget sieht. Und es ist auch allen gemeinsam, dass man mit diesen Beiträgen das strukturelle Defizit der Gemeinde in keiner Art und Weise lösen kann. Ich möchte ganz speziell auch zur Villa Bernau sprechen, aber das was ich dazu sagen will, gilt auch für alle anderen Punkte, welche wir hier aufgreifen. Simon Stocker hat es zuvor schon gesagt, ihr seht hier ein Preisschild, aber die Massnahmen haben natürlich auch eine Wirkung und diese einzusparen oder abzubauen bedeutet nicht nur, dass man für einen Moment das Budget um ganz wenig entlastet, sondern es gibt Folgen daraus. Das was heute geleistet wird, oft auch zum grossen Teil ehrenamtlich, das hat einen Wert und diesen Wert kann man nicht mit diesem Geld was hier steht, beziffern. Das gilt auch für Bernau: Vorher hat Iris Widmer es richtig gesagt, die Villa Bernau ist aus der Bevölkerung gewachsen und ist das Herz von Wabern.

Und es ist ein extrem beliebter Ort und es ist nicht nur etwas für Kinder und Jugendliche, sondern es ist wirklich ein generationenübergreifender Ort, wo sehr viele Sachen stattfinden und sehr viele Sachen in ehrenamtlicher Arbeit.

Das ist eigentlich etwas, was man sich als Politiker und Politikerin für seine Gemeinde wünscht und ist im grossen Teil wirklich von der Bevölkerung gekommen. Ich weiss, dass viele hier drinnen finden, dass dies nur Wabern zu Gute kommt, dazu möchte ich sagen, dass Wabern ein Fünftel der Bevölkerung der Gemeinde Köniz ausmacht – also ein sehr grosser Ortsteil und grösser als manche Gemeinde in diesem Kanton ist. Und wir haben in Köniz mehrere so grosse Ortsteile, welche so gross sind, wie an anderen Orten eine Gemeinde. Und hier im Parlament wurde auch schon mehrfach das Bedürfnis nach einem solchen Ort geäussert – das letzte Mal zum Beispiel beim Graberareal im Liebefeld. Das ist ein Bedürfnis, welches da ist. Wir haben auch über Schliern gesprochen, wenn ihr euch erinnert, das war an der letzten Sitzung. Auch dort wünscht man sich einen Ort, wo man sich treffen und einen sozialen Austausch haben kann.

Und bei allem Respekt: Wenn wir hier Politik für die kommenden Generationen machen, finde ich, dass es auch unsere Aufgabe ist, Politik für heute zu machen. Für die Leute, welche heute da sind und die kommende Generation wächst ja heute hier auf. Aber wir sollten auch Politik für Menschen machen, welche schon älter sind. Es gibt keinen Grund, nicht auch für diese eine gute Politik zu machen. Wir können nicht nur Politik für eine Zukunft machen, welche dann vielleicht einmal eintritt. Wir müssen auch für heute schauen und dass die Leute heute eine gute Lebensqualität haben. Der Betrag ist relativ gering – Iris Widmer hat es gesagt – dieser wurde von CHF 25'000 auf CHF 15'000 reduziert. Ich bin der Meinung, dass man diesen unbedingt sprechen muss, denn es bräuchte im Grunde viel mehr Bernau für Köniz und nicht weniger. Und wenn wir etwas aus dieser Steuerabstimmung gelernt haben ist es, dass wir mehr auf die Bevölkerung hören, auf diese zugehen und Diskussionen führen müssen. Und hier haben nun beinahe 2'000 Personen eine Petition unterzeichnet: Hört hier also hin, das ist beinahe Initiativstärke. Es gibt Parteien, welche Initiativen nicht sammeln konnten.

Christian Roth, SP: Auch von Seiten der SP will die Mehrheit etwas zu MidnightSports und zur Jugendarbeit sagen. Ich will nicht alles wiederholen, aber wir haben mit MidnightSports ein sehr spannendes Angebot und das haben ja auch verschiedene Redner von Seiten der Mitte und auch von Seiten der Bürgerlichen gesagt. Es ist so, dass beim Hessgut von Oktober bis März an Samstagabenden wunderbare präventive Arbeit von MidnightSports gemacht wird. Wo Jugendliche einen Freiraum finden, wo sie sich bewegen und begegnen können und wo sie auch Verantwortung übernehmen können. Die Jugendlichen, wenn ich richtig orientiert bin, engagieren sich dort nämlich auch als Leiter und Leiterinnen und übernehmen Verantwortung für die Gestaltung – natürlich unter Führung und nach einem Konzept – und sie schaffen damit einen stabilen Treffpunkt, sie schaffen Halt, sie schaffen Struktur und sie verbinden Schichten, Religionen, Kulturen und günstiger können wir ein solches Angebot schlichtweg nicht haben. Ich möchte einfach nur noch eines machen und zwar einen Appell an die SVP und die Mitte: Es hilft nicht viel, wenn ihr Bittsteller beim Gemeinderat seid. Übernehmt Verantwortung, übernehmt diese Kompetenz, welche ihr als Parlamentarierinnen und Parlamentarier habt. Ihr habt die Chance, dieses Angebot zu erhalten. Nein zu stimmen und das Angebot dann doch erhalten zu wollen, ist nicht nachvollziehbar. Und man kann doch nicht immer über fehlende Gestaltungsmöglichkeit und fehlende Kompetenzen, welche wir nicht im Parlament haben klagen und dann, wenn sich eine Chance bietet, diese nicht nutzen. Das geht für mich nicht auf. Kolleginnen und Kollegen, nehmt diese Chance jetzt wahr und stimmt diesem Antrag zu. Das Könizer Budget geht deswegen nicht unter.

Dann zur offenen Kinder- und Jugendarbeit hat Simon Stocker bereits das Wichtigste gesagt. Auch für die SP – und das habe ich beim Eingangsvotum schon gesagt – sind die Kinder und Jugendlichen nun mal die Zukunft unserer Gesellschaft und dort müssen wir jetzt nun mal besonders Acht geben. Denn auch hier gilt: Die präventive Arbeit der Kinder- und Jugendarbeit ist wertvoll und man kann sich nicht immer zu einer Gemeinde bekennen, welche stolz auf die dezentralen Schulstandorte ist und ganz viel Geld insbesondere bei den Investitionen ausgibt, dann aber bei der Kinder- und Jugendarbeit zurückfährt. Dort ist die Dezentralisierung plötzlich weniger wichtig. Und auch wenn Hans-Peter Kohler in der Stellungnahme an mich sagte, diese Kürzung sei vertretbar, das tue Köniz nicht so weh - das waren nicht seine Worte, ich habe es in meinen Worten zusammengefasst – so mutet es für mich und die SP mehrheitlich seltsam an, wenn man eine 80-Prozent-Stelle, also eine Stelle von sechs streicht – die Kehrsatzer Jugendarbeit nicht mitgezählt, welche auch unter dem Schirm der Jugendarbeit Köniz läuft. Simon Stocker hat es schon gesagt, darum will ich es nicht nochmals wiederholen, doch unterschätzt dies nicht, auch wenn dies nicht beziffert werden kann:

Präventionsarbeit ist die billigste Arbeit mit Menschen. Ich kann euch dies garantieren. Es gibt auch Studien dafür etc. Diese sind jetzt nicht relevant, aber es ist im Grunde gesunder Menschenverstand, dass wenn wir jetzt investieren, dann fahren wir billiger, wenn wir es nicht machen, gerade im Bereich, wo es um junge Menschen geht, welche noch lange Zeit haben, ein Leben für sich zu gestalten. Wenn dieser Start nicht gelingt, dann wird es teuer. Jetzt weniger, später ganz sicher mehr. Dort haben wir Verantwortung und darum sagt die SP ganz klar mehrheitlich, dass wir hier jetzt nicht sparen dürfen. Die Aufforderung ist klar, stimmt dem Antrag der SP und der Grünen zu.

Heinz Nacht, SVP: Ich muss jetzt doch kurz etwas sagen. Klar sind wir nicht dafür, dieses Paket aufzuschnüren. Wobei es mir doch im Herzen weh tut, wenn ich sehe, dass wir CHF 25'000 freiwilliger Schulsport streichen. Hier vielleicht eine Geschichte dazu: Ich habe mehr als 10 Jahre geholfen, diese Schneesportlager zu leiten. Ich durfte Mujinga Kambundji das Skifahren beibringen, das ist etwas, was mir in meinem Leben wohl bleiben wird. Ich finde auch MidnightSports selber gut. Meine Kinder haben Easyvote gerne gelesen. Ich finde es verrückt, wenn man solche Beträge streichen muss. Ich finde es verrückt, dass wir als Parlament – ich bin jetzt einige Jahre dabei – es nie geschafft haben, in den Schulanlagen, wo wir Geld in riesigen Beträgen ausgeben, wo man manches cleverer hätte machen können, zu sparen. Dass wir jetzt über so kleine Projekte streiten, welche von SP und den Grünen erwähnt wurden und welche auf das Leben eines Kindes und eines Jugendlichen ganz viel Auswirkung haben können. Sachen, welche ein ganzes Leben lang Einfluss haben können und wo wir jetzt einige Franken zusammenstreichen. Ich habe ein extrem ungutes Gefühl, wenn ich da mithelfen muss. Aber trotzdem, ich sehe es im eigenen Betrieb, irgendeinmal muss man eine Strategie machen, muss streichen. Ich appelliere zum einen Teil an den Gemeinderat, dass er sich da wirklich Mühe gibt, Sachen in seiner Kompetenz zu überdenken und vielleicht den einen oder anderen Entscheid zu überlegen, ob dies wirklich so sein muss und ob dies im Sinne der Gemeinde Köniz ist.

Adrian Burren, SVP: Ich möchte auch noch etwas zu diesem freiwilligen Schulsport sagen: Ich möchte hier vielleicht auch an jeden Bürger und Bürgerin appellieren, auch sie können einen kleinen Beitrag leisten, so zum Beispiel, dass sie die Kinder mit dem Fahrrad in die Schule schicken. Das ist auch freiwilliger Schulsport und Jungen kommen dann vielleicht auch schon etwas ruhiger in die Schule oder ruhiger nach Hause. Das ist auch nicht verboten, das entlastet sogar noch den ÖV, da man weniger ÖV-Beiträge leisten muss. Und nebenbei, die Gemeinde hat ja eine Stelle geschaffen, welche dies fördern soll. Das sind Sachen, welche am Schluss vielleicht gar nicht so wehtun.

Kathrin Gilgen, SVP: Ich will mich auch kurz halten, es wurde schon viel gesagt und es ist so: Kleinvieh macht halt auch Mist. Es ist schade, dass Sachen gestrichen werden, aber es muss auch sein. Ich möchte mich aber eigentlich zur Bernau äussern, welche immer wieder kommt und wo man meinen könnte, wir hätten den ganzen Betrag gestrichen: Ich wiederhole mich zu meinem letzten Votum in der Budgetdebatte. Sie erhalten von dieser Gemeinde immer noch CHF 10'000 pro Monat. Ein Verein, CHF 10'000. Viele Bürgerinnen und Bürger von Köniz haben einen Drittel dieses Lohnes, mit welchem sie durchkommen müssen. Sie haben, wenn man auf dem neuesten Sparbudget der Villa Bernau schaut, CHF 500 an Spendengeldern. Von der SP-Seite wurde gesagt, dass viele Bürger das Budget wegen dem Sparpaket abgelehnt hätten. Wenn sie dies jetzt abgelehnt haben und die Steuererhöhung einsparen, können sie ja eine Spende von CHF 10 oder 12 der Villa Bernau zu Gute kommen lassen, denn wenn diese 2'000 Unterschriften der Villa Bernau CHF 10 spenden, dann ist diese bereits wieder über dem Berg.

Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Iris Widmer, Grüne: Ich komme auf den Antrag zur Erhöhung der Parkgebühren auf öffentlichem Grund zu reden. Wir haben auch diesen Antrag bereits schon im September gestellt. Es geht hier um die Benützung des öffentlichen Grundes und gleichzeitig um ein ökologisches Anliegen. Wenn die Parkierungsgebühren erhöht werden, überlegt sich doch immerhin ein Teil der Leute zweimal, ob sie das Auto brauchen oder nicht. Der Gemeinderat hat bisher lediglich die Parkgebühren für das Lang- und Kurzzeitparken angepasst, ich verweise auf die Medienmitteilung vom 22. November der Gemeinde. Er hat die Parkkartengebühr für die Anwohner nicht angepasst und hier besteht aus unserer Sicht durchaus noch sehr viel Spielraum. Die Anwohnerparkkarten sind mit CHF 30 pro Monat doch sehr günstig, verglichen mit einem Einstellhallenplatz, welcher in der Regel so ab CHF 100 und auch das ist noch günstig, zu haben ist.

Eine Erhöhung rein auf die Parkkarten würde für eine Parkkarte bedeuten, dass diese ca. CHF 54 kosten würde, sofern ich richtig gerechnet habe und diesen Aufschlag scheint mir doch sehr moderat. Ihr seht auf der Tischvorlage, dass es aufgespalten ist in Einnahmen Anwohnerparkkarte und Einnahmen aus Ticketautomaten. Ich habe den Antrag nicht ganz so aufgespalten gestellt, sondern einfach gesagt, CHF 96'000 bei der Erhöhung der Parkgebühren müssen reinkommen. Wir sind aber sehr dafür, dass die Anwohnerparkkarten erhöht werden, von mir aus kann man auch einfach alles auf der Anwohnerparkkarte machen, das überlassen wir dem Gemeinderat. Der öffentliche Grund wird einfach viel zu billig vergeben und die Aufschläge sind verkräftbar.

Direktion Umwelt und Betriebe

Iris Widmer, Grüne: Ich komme zum letzten Mal. Es geht hier um einen Beitrag an die Energiefachstelle, nämlich um die Erhöhung um CHF 45'000. Es ist ebenfalls der genau gleiche Antrag, wie im September. Das Thema Energie gehört zu den aktuellen politischen Kernthemen. Auch in Köniz, ich möchte daran erinnern, ist der Klimanotstand in der Sitzung vom September hier im Parlament ausgesprochen worden. Es gilt nun Farbe (grün) zu bekennen. Die Finanzierung in diesem Bereich jetzt zurück zu fahren, ist einfach widersprüchlich. Wir müssen dafür sorgen, dass wir hier nicht dasselbe Problem bekommen, wie mit den Schulhäusern und den Strassen, nämlich dass hier ein Investitionsstau entsteht und dass die zukünftigen Generationen belastet werden.

Die Energiefachstelle braucht zukünftig eher mehr Mittel als weniger. Diese Mittel könnten so generiert werden, dass zum Beispiel bei der Erhöhung von Steuern, Abgaben oder Gebühren nur diejenigen stärker belastet werden sollen, welche sich nicht klimafreundlich verhalten. Man könnte sich zum Beispiel bei den Parkgebühren überlegen, ob man so ein ökologisches Kriterium einführen könnte und diejenigen Autos, welche viel Benzin verbrauchen, stärker besteuern als die anderen. Ihr seht, dass wir lediglich CHF 45'000 statt CHF 70'000 kürzen wollen. Diesen Posten betrifft die Wärmeversorgung und kann nicht einfach gestrichen werden. Es braucht hier grundlegende Studien und die muss die Gemeinde machen können. Darum bitte ich euch, auch diesen Antrag zu unterstützen.

Ruedi Lüthi, SP: Es wurde immer wieder gesagt, dass wenn man etwas aus dem Paket streicht, man dies kompensieren müsse. Aber dass man es gleich mehrmals kompensieren soll, finde ich schon etwas speziell. Wenn wir etwas zurückdenken, so wurde 2012 eine Motion überwiesen, welche lautete „Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie in Köniz“. Das wollte der Gemeinderat damals nicht, das Parlament hat diese Motion dann aber erheblich erklärt und es ging mehrmals hin und her und zum Schluss hat sogar die GPK das Ganze zurückweisen müssen, bis wir ein Konzept mit den detaillierten Massnahmen hatten. 2016 während der letzten Aufgabenüberprüfung hat man die Abgaben auf die Energie, welche jede Person hier zahlt um 27% erhöht und so mehr Einnahmen generiert. Damals hatte man gesagt, das sei jetzt das, was die Energiefachstelle in etwa kostet, das wäre in etwa eine halbe Million gewesen. Und jetzt kürzt man einfach immer wieder, wir sind jetzt bereits unter CHF 400'000 und ich glaube, dies ist nicht korrekt. Die Könizer bezahlen alle zusammen mehr als einen Viertel mehr als alle anderen im Kanton Bern, welche Energieabgaben beziehen und genau dafür hat man erhöht. Und nun kürzt man diesen Betrag erneut. Und hier investieren wir wirklich in die Zukunft.

Es hat mich beispielsweise gefreut, als man im Spiegel über den Wärmeverbund gesprochen hat. Dort waren über 300 Personen in diesem Saal und die Gemeinde ist hier gefragt. Es ist also etwas, dass man an die Energiefachstelle heranträgt und was gemacht werden muss. Und jetzt kann man zur gleichen Zeit der Energiefachstelle nicht noch das Geld wegnehmen. Ich bin überzeugt, auch in anderen Ortsteilen, in anderen Quartieren ist es heute gefragt, dass die Energiefachstelle berät und unterstützt. Und jetzt hier Geld zu kürzen, ist absolut fehl am Platz und vor allem auch nicht in die Zukunft investiert. Nicht nur Schulden übergeben wir der nächsten Generation, auch wenn wir Investitionen nicht machen oder unsere Umwelt nicht pflegen ist dies eine Sünde.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Wir haben das 8-stellige Budget somit zu Ende beraten. In der Detailberatung ist auch noch die Steueranlage Bestandteil. Ihr findet dies unter der Ziffer 1 des gemeinderätlichen Antrags. Dies sind die ordentlichen Gemeindesteuern und die Liegenschaftssteuern. Gibt es Anträge zu diesen beiden Posten? Dies ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort?

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger: Ich habe es im letzten Votum bereits gesagt, der Gemeinderat ist der Auffassung, dass man die Aufgabenüberprüfung, das Paket nicht aufschnürt, weil die finanzielle Lage hat sich leider nicht verändert. Wenn die Einnahmen wegfallen, ist es ja nicht so, dass es danach finanziell besser aussieht. Ich habe zuvor bereits gesagt, die Aufgabenüberprüfung hat der Gemeinderat nicht mit leichter Hand gemacht, da sind intensivste Diskussionen geführt worden, wo, warum, wieviel man in den Massnahmen aufführen will. Ich will inhaltlich nicht auf die einzelnen Anträge eingehen, ich will aber hier festhalten, auch wenn es hier zum Teil so klingt, dass es beinahe bösartig ist was wir beabsichtigen, das ist nicht die Meinung. Und es ist auch nicht die Meinung, dass dort, wo man reduziert hat und verzichten will, dies deshalb kein gutes Angebot ist. Es ist auch nicht die Meinung, dass diese Sachen, nicht gut gemacht werden. Ich will hier wirklich nicht, dass man es so auslegt oder dass der Gemeinderat die Leistungen welche hier erbracht werden nicht wertschätzt. Aber wir haben hier eine langfristige Verantwortung und ihr wisst, wie es unter dem Strich aussieht und es ist nun mal so, dass einige CHF 1'000 zusammengezählt schlussendlich einen grossen Betrag ergeben.

Vielleicht noch kurz, das nun doch inhaltlich, zu den Einnahmen aus Anwohnerparkkarten und Einnahmen aus Ticketautomaten. Das ist ja eine Massnahme aus der Aufgabenüberprüfung, welche mit CHF 160'000 Mehreinnahmen eingestellt war. Ihr habt es gesehen, der Gemeinderat hat hier bereits beschlossen, wie er dies umsetzen will. Wir haben uns dafür entschieden, dass die Gebühren für Parkplätze im öffentlichen Raum erhöht werden sollen. Dass es dort zukünftig auch am Sonntag gebührenpflichtig sein soll. Man hat sich bewusst dagegen entschieden, die Preise der Anwohnerparkkarte herauf zu setzen. Das weil es im Vergleich gerade mit der Stadt Bern schon heute ein höherer Jahresbetrag ist.

Ich schliesse indem ich euch bitte, den Antrag des Gemeinderats so wie er hier vorliegt zu unterstützen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann: Nur noch etwas formelles zum Thema Parkkarten und Ticketautomaten: Aus meiner Sicht kann man dies hier gar nicht so beschliessen, weil wir hier im Bereich der Verordnung sind und diese liegt alleine in der Kompetenz des Gemeinderats. Ihr könnt jetzt nicht via Budgetposten, welchen ihr verschiebt, die Anweisung geben, dass wir die Verordnung anders machen, als wir es gemacht haben. Aus meiner Sicht müsst ihr formell eine Motion einreichen, wenn ihr hier etwas machen wollt.

Christian Roth, SP: Lieber Thomas Brönnimann, das können wir so nicht stehen lassen: Man muss nicht wie ich 12 Jahre im Parlament sein um zu verstehen, dass wir in der Budgetdiskussion alles beschliessen dürfen, was uns rund um die Finanzen zusteht. Das heisst, wir dürfen sehr wohl bei diesem Budgetposten den entsprechenden Betrag einstellen. Natürlich ist es korrekt, dass der Gemeinderat danach sagt, ob er dies so umsetzt. Aber wenn er es nicht macht, muss er dem Parlament dann bei der Rechnung erklären, warum er dies nicht so gemacht hat. Warum er die entsprechenden Einnahmen, welche das Parlament mittels Antrag beschlossen hat, nicht umgesetzt hat. Formell ist dies schon korrekt, doch ich möchte an die Kompetenz des Parlaments erinnern, dass es unsere Sache ist, hier darüber zu debattieren und zu beschliessen, welcher Budgetbetrag eingestellt wird, damit auch eine Botschaft gesendet wird. Aber ansonsten haben wir eine Arbeitsteilung, dieser Teil ist korrekt, doch ich möchte an die Kompetenz des Parlaments erinnern.

Iris Widmer, Grüne: Ich muss hier vielleicht nochmals erklären, wie es dazu gekommen ist: Ich habe dies wie gesagt nicht so beantragt. Ich habe geschrieben: „Beitrag von CHF 160'000 aus Erhöhung Parkgebühren auf öffentlichem Grund. Nr. 54 aus der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung ist zusätzlich um den Betrag von CHF 96'000, Richtwert zusätzlich 15%, zu erhöhen.“ Die Verwaltung hat dies heute so vorgeschlagen. Die Zuweisung zum 10-stelligen Budget kommt aus der Verwaltung, nicht von mir. Leider hatte ich heute Nachmittag bis abends um 18.00h Sitzungen und habe dies nicht gesehen, bis eben heute Abend und dachte mir okay, dann ist es wohl gut so. Aber wenn du mir jetzt sagst, dass dies nicht geht, dann ist dies natürlich widersprüchlich. Ich habe aber gesagt, ihr könnt dies auch anders machen. Ihr könnt dies so machen wie es geht und ich reiche gerne nächstes Jahr eine Motion für die Anwohnerparkkarte ein.

Gemeinderat Thomas Brönnimann: Das Privileg des Parlaments, dass es alles darf - ich geniesse dies im Moment auch, einfach in einem anderen Parlamentsraum. Auch wenn es manchmal nicht sinnvoll ist und rechtlich nicht zulässig, das Parlament darf alles, das wollte ich nicht sagen.

Aber stellt euch vor, nach dieser Logik könntet ihr bei mir jetzt auch die Parkbussenerträge um CHF 200'000 bis 300'000 erhöhen und ich müsste dies danach interpretieren, dass ich jetzt vermehrte Kontrollen machen müsste. Das geht ja nicht auf. Ich habe es nicht böse gemeint, sondern nur als Hinweis, dass falls man dieses politische Ziel erfolgreich verfolgen möchte, man wohl ein anderes Mittel wählen müsste und wenn es hier jetzt so beschlossen würde, würde es wohl ein toter Budgetbuchstabe. Das ist alles, was ich sagen wollte.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ich habe mich kurz mit der Fachstelle Parlament und mit dem Gemeindeschreiber abgesprochen: Das Parlament ist frei hier zu beschliessen, was es will auf den Krediten. Wie dies dann umgesetzt wird, da hat der Gemeinderat auch seine Kompetenzen. Damit dies klar ist.

Casimir von Arx, glp: Mein Partei- und Ratskollege im Grossen Rat hat hier ja erwähnt, dass wenn wir hier etwas mit einem Budgetposten beschliessen und etwas erhöhen oder senken, dass nicht ganz klar ist, was gemeint ist. Ich nutze dies gleich nochmals um einen Werbespot für eine Planungserklärung zu machen: Vielleicht beschliessen wir hier schon bald, ob wir dieses Instrument einführen wollen. Dann können wir nämlich gleich die Abkürzung nehmen und im Budgetprozess mit einem Mehrheitsentscheid die Erklärung zur Anpassung eines Budgetpostens nachliefern. Vielleicht wirkt dies ja schon auf den Gemeinderat, ich weiss es nicht. Im Grossen Rat haben wir dies ja auch und du machst ja auch regen Gebrauch davon und es ist praktisch. Ich muss vielleicht dazu sagen, dass Thomas Brönnimann vermutlich die meistzitierte Planungserklärung der Geschichte des Kantons Bern eingereicht hat und wäre vermutlich gegenüber diesem Instrument hier in Köniz offen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Wie der Finanzkommissionspräsident in seinem Eingangsvotum dargelegt hat, hat der Gemeinderat den Antrag betreffend die Beschlussziffer zur Zinsschwankungsreserve nicht explizit im Antrag ausgewiesen. Diese fehlt. Diese muss aber ausgewiesen werden, denn das Reglement der Zinsschwankungsreserve Art. 2 Abs. 4 sieht vor, dass darüber vom Parlament separat abgestimmt werden muss. Es gibt daher einen Zusatzantrag 1 „Das Parlament beschliesst im Budget auf eine Einlage in die Spezialfinanzierung Zinsschwankungsreserve zu verzichten.“ Darüber werden wir zusätzlich unter Ziffer 1 abstimmen.

Beschluss Abänderungsantrag Finanzkommission zu Zinsschwankungsreserve

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der Finanzkommission zu:
Das Parlament beschliesst im Budget 2020 zu Lasten Konto 1680.3893.10 eine Einlage von CHF 1'137'660 in die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“.
(Abstimmungsergebnis: 30 gegen 9 Stimmen)

Beschlüsse Abänderungsanträge zu einzelnen Konti der Erfolgsrechnung

Konto	Bezeichnung	Antrag		Beschluss
		GR (CHF)	Fraktion (CHF)	
Diverse	Freiwilliger Schulsport	301'370	326'370 SP und Grüne	abgelehnt 14 gegen 23 Stimmen
3931.3010.01	Offene Kinder-/Jugendarbeit	605'300 755'000	685'300 Aufwand 795'000 Ertrag SP und Grüne	abgelehnt 14 gegen 24 Stimmen
3940.3632.70	Jugendparlament, easyvote	10'000	24'000 SP und Grüne	abgelehnt 12 gegen 25 Stimmen
3940.3635.73	MidnightSports	0	12'000 SP und Grüne	abgelehnt 15 gegen 21 Stimmen
3980.3635.70	Verein Bernau	120'000	135'000 SP und Grüne	abgelehnt 13 gegen 25 Stimmen

4300.4240.70	Einnahmen aus Anwohnerparkkarten	500'000	560'000	abgelehnt 10 gegen 27 Stimmen
4300.4240.71	Einnahmen aus Ticketautomaten	320'000	356'000 Grüne	
5150'3132.56	Energiemassnahmen	145'000	190'000 SP und Grüne	abgelehnt 13 gegen 25 Stimmen

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Der bereinigte Antrag des Gemeinderats lautet nun wie folgt:

1. Das Parlament beschliesst im Budget 2020 zu Lasten Konto 1680.3893.10 eine Einlage von CHF 1'137'660 in die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“.
2. Im Jahr 2020 sind folgende Steuern zu erheben:
 - Die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.49-fachen Betrag der für die Kantonssteuer geltenden Einheitssätze.
 - Die Liegenschaftssteuer von 1.2 %o auf den amtlichen Wert der Liegenschaft.
3. Das Parlament genehmigt das Budget der Erfolgsrechnung 2020, das bei einem Gesamtertrag von CHF 224'272'734 und einen Gesamtaufwand von CHF 226'200'683 einen Aufwandüberschuss von CHF 1'927'949 ausweist.

Beschluss

1. Das Parlament beschliesst im Budget 2020 zu Lasten Konto 1680.3893.10 eine Einlage von CHF 1'137'660 in die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“.
2. Im Jahr 2020 sind folgende Steuern zu erheben:
 - Die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.49-fachen Betrag der für die Kantonssteuer geltenden Einheitssätze.
 - Die Liegenschaftssteuer von 1.2 %o auf den amtlichen Wert der Liegenschaft.
3. Das Parlament genehmigt das Budget der Erfolgsrechnung 2020, das bei einem Gesamtertrag von CHF 224'272'734 und einen Gesamtaufwand von CHF 226'200'683 einen Aufwandüberschuss von CHF 1'927'949 ausweist.

(Abstimmungsergebnis: 28 gegen 9 Stimmen)

PAR 2019/123

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

1937 Motion (Mitte-Fraktion, SVP, Grüne, SP) „Einsetzung einer Hoch- und Tiefbaukommission“

1938 Motion (Junge Grüne, Grüne, Mitte und SP) „Klima Massnahmenpaket für Köniz“

1939 Dringliche Motion (FDP, SVP und Mitte-Fraktion) „Nachkreditanalyse und Beeinflussbarkeit“

Diskussion

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger: Ich habe noch Fragen aus der letzten Sitzung zur Beantwortung offen:

Eine wurde von Casimir von Arx zur Motion 1926 „Zweirichtungsfahrzeuge für die verlängerte Tramlinie nach Wabern“ gestellt. Die Frage war, ob man diese Richtlinienmotion im Zeitraum zwischen dem 5. und 20. November im Gemeinderat traktandiert hatte. Diese Frage kann ich mit nein beantworten. Sie wurde nach der Erheblicherklärung durch das Parlament an der Sitzung vom 4. November zwischen dem 5. und 20. November *nicht* an einer Gemeinderatssitzung traktandiert.

Dann die zweite Frage, welche etwas allgemeiner formuliert war: Dort ging es um das Verfahren und die Zuständigkeit im Gemeinderat bei Richtlinienmotionen, insbesondere bei erheblich erklärten Richtlinienmotionen. Hier kann ich dazu sagen, dass gemäss Geschäftsreglement des Parlaments einer Motion den Charakter einer Richtlinie zukommt, wenn der Motionsinhalt in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderats liegt. Wie, in welcher Form und in welchem Umfang dies umgesetzt wird, liegt danach in der Federführung der zuständigen Direktion. Das gilt im Übrigen auch für alle anderen vom Parlament erheblich erklärten Motionen und Postulaten. Wenn Fragen auftauchen sollten, welche im Gesamtgemeinderat diskutiert werden müssen, dann lässt dies die zuständige Direktion an der Gemeinderatssitzung traktandieren. Bei einer Richtlinienmotion erstattet der Gemeinderat spätestens zwei Jahre nach der Erheblicherklärung dem Parlament Bericht, genauso wie es im Geschäftsreglement vorgesehen ist. Zur Motion 1926 kann ich hier noch anfügen, dass ein Treffen mit dem zuständigen Regierungsrat geplant ist, um das Thema Zweirichtungsfahrzeuge für die verlängerte Traminie nach Wabern zu diskutieren. Der Gemeinderat wird die Thematik anschliessend wieder an seiner Sitzung diskutieren. So viel zur Motion 1926.

Dann bin ich noch eine Antwort bezüglich Behördenregister schuldig geblieben. Dort ist im Rahmen der Diskussion um die Interpellation zur Spez-Sek nachgefragt worden, wie man mit diesem Behördenregister umgeht. Hierzu kann ich sagen, dass man dies einmal jährlich aktualisiert. Das aktuell auf der Webseite aufgeschaltete Register hat der Gemeinderat am 27. Februar 2019 diskutiert und genehmigt und im Rahmen dieses Beschlusses Hans-Peter Kohler darauf hingewiesen, dass das Präsidium in der IG Spez-Sek nicht mit dem Amt als Gemeinderat vereinbar ist. Der Kollege Kohler hat dann an einer der nächsten Sitzungen den Gemeinderat informiert, dass er als Präsident der IG Spez-Sek zurückgetreten sei.

Adrian Burren, SVP: Ich habe noch eine Anfrage an den Gemeinderat: Für das ehemalige Dorfschulhaus in Schliern hat das Parlament am 16. September den Kredit gesprochen. Nun haben die Bauvorarbeiten für die Heizungsfernleitung begonnen. Dazumal in der Vorprüfung in der GPK hatte sich der GPK-Sprecher erkundigt, ob die anliegenden Fernwärmeverbände, welche es noch gibt, angefragt worden sind, ob sie Offerten einreichen dürfen. Dies wurde damals verneint. Meine Frage an den Gemeinderat ist nun, ob die Fernwärmeverbände, welche es in Schliern noch gibt, in der Zwischenzeit für eine Offerte angefragt worden sind? So, dass auch der günstigste Anbieter das Bauwerk in Angriff nehmen konnte. Und mit welchen Kosten muss man bei den Anschlussgebühren rechnen, welche die BKW jetzt vermutlich haben wird?

Iris Widmer, Grüne: Wir danken der Gemeindepräsidentin für die Ausführungen zum Behördenregister im Zusammenhang mit der Spez-Sek. Es bleibt die Frage offen, welche ich an der letzten Sitzung schon gestellt habe: Nämlich was der Gemeinderat unternimmt, damit der nicht mehr zuständige Gemeinderat Hans-Peter Kohler hier nicht als Werbeschild für die Spez-Sek auftritt. Auf der Homepage der IG-Spez-Sek ist nun mal nach wie vor Hans-Peter Kohler zu finden. Er sei zwar zurückgetreten, da er nun Gemeinderat sei, doch auch in der Mitgliederliste steht immer noch Hans-Peter Kohler, Gemeinderat. Und damit wirbt er indirekt für die Spez-Sek und das geht unseres Erachtens nicht, da es nicht vereinbar mit seinem Amt ist. Und auch nicht damit, dass er gesagt hat, er wolle nicht öffentlich für die Spez-Sek eintreten. Das ist ein Widerspruch. Ich bitte den Gemeinderat sich hier zu erklären oder Massnahmen zu ergreifen.

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger: Iris Widmer ich habe das, was ich sagen kann bereits mit der vorhergehenden Antwort gesagt. Wir haben Herrn Kohler darauf hingewiesen, dass dies nicht vereinbar sei. Die Umsetzung dieses Hinweises ist ausserhalb des Einflussbereichs des Gemeinderats.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, habe ich noch eine Mitteilung: Die Traktandenliste vom Januar 2020 ist noch nicht ganz definitiv festgelegt. Es ist möglich, dass noch Traktanden kommen, so dass es möglicherweise eine zweite Sitzung am 20. Januar erfordert. Ich empfehle euch hiermit, reserviert euch vorsorglich den Termin am 20. Januar 2020. Möglicherweise entfällt er dann auch wieder.

Das wäre es für den Parlamentsbetrieb 2019 gewesen. Ich habe mich über das Jahr, welches für mich hier zu Ende geht sehr gefreut. Ich danke euch nochmals für den geordneten und angeregten Parlamentsbetrieb, welchen wir hier hatten. Ich wünsche euch hier schon mal frohe Festtage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und wir sehen uns am 17. Januar 2020 wieder für die Einsetzung der neuen Parlamentspräsidentin.

Die Sitzung ist somit geschlossen, vielen Dank seid ihr heute alle gekommen.

Im Namen des Parlaments

Mathias Rickli
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament